

Parteienangebot und politische Repräsentation in der Schweiz

Andreas Rohner

Universität Zürich

ISSN 1662-7504



Universität Zürich

ETH

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Swiss Federal Institute of Technology Zurich

Parteienangebot und politische Repräsentation in der Schweiz

Andreas Rohner
Säntisstrasse 36
8200 Schaffhausen
andreas.rohner@access.uzh.ch

Zusammenfassung

Die Kartellisierung des Parteiensystems, die Parteien- bzw. Politikverdrossenheit weiter Bevölkerungsteile und das Phänomen der Protestwahl suggerieren, dass die politischen Parteien ihre Repräsentationsfunktion nur noch unzureichend erfüllen. In dieser Arbeit wird unter Rückgriff auf das Responsible Party Model überprüft, (1) inwiefern die Bürger in dem Sinne rational wählen, als sie die ihren Präferenzen nächststehende Partei wählen, (2) ob es zwischen den sozialen Klassen hinsichtlich der Repräsentationsqualität Unterschiede gibt und (3) inwiefern die «Erweiterung» des schweizerischen Parteiensystems um ausgewählte Parteien des deutschen und des französischen Parteiensystems zu einer Verbesserung der Repräsentationsqualität führen würde. Die Untersuchungen zeigen, dass die Parteinähe für den Wahlentscheid in der Schweiz eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielt, dass aber gleichzeitig soziostrukturelle Variablen ebenfalls einen grossen Einfluss haben. Die erwarteten Unterschiede hinsichtlich der politischen Repräsentation der sozialen Klassen konnten nicht bestätigt werden; stattdessen zeigt sich, dass im schweizerischen Parteiensystem links-autoritäre – und in geringerem Masse auch rechts-libertäre – Präferenzen von den etablierten Parteien nur unzureichend vertreten werden. Die «Erweiterung» des schweizerischen Parteiensystems zeigte, dass insbesondere die trotzkistische Lutte Ouvrière und der rechtsextreme Front National erheblich zur Verbesserung der Repräsentationsqualität beitragen könnten, weshalb aus repräsentationstheoretischer Sicht die Bildung derartiger Parteien oder aber eine Differenzierung zwischen den etablierten Parteien angezeigt wäre.

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----------|--|-----------|
| 1 | Einleitung | 5 |
| 2 | Theorie und Design | 6 |
| 2.1 | Theorie, Modelle und Hypothesen | 6 |
| 2.2 | Untersuchungsanlage | 12 |
| 2.2.1 | Daten | 12 |
| 2.2.2 | Länderauswahl und berücksichtigte Parteien | 12 |
| 2.2.3 | Operationalisierung | 13 |
| 2.2.3.1 | Der Politische Raum | 13 |
| 2.2.3.2 | Hypothese 1: Wahlentscheidung und Issue-Distanz | 16 |
| 2.2.3.3 | Hypothese 2: Repräsentation und soziale Klasse | 17 |
| 2.2.4 | Analysemethoden | 17 |
| 3 | Resultate | 19 |
| 3.1 | Struktur des politischen Raumes der Schweiz | 19 |
| 3.2 | Forschungsfrage 1: Gewährleistung der politischen Repräsentation | 22 |
| 3.3 | Forschungsfrage 2: Gleiche Repräsentationsqualität für alle Klassen | 27 |
| 3.4 | Forschungsfrage 3: Verbesserung der Repräsentationsqualität durch zusätzliche Parteien | 33 |
| 4 | Fazit | 36 |
| 5 | Literatur | 38 |

Abbildungsverzeichnis

| | | |
|----|---|----|
| 1 | «Starkes» Responsible Party Model | 8 |
| 2 | «Schwachtes» Responsible Party Model | 8 |
| 3 | Erwartete Positionierung der sozialen Klassen im politischen Raum . . | 11 |
| 4 | Ursprüngliche und gestapelte Datenmatrix | 18 |
| 5 | Positionierung der Wählerschaften im politischen Raum | 21 |
| 6 | Positionierung der Parteien im politischen Raum | 21 |
| 7 | Positionierung der Klassenmitglieder im politischen Raum | 28 |
| 8 | Positionierung der sozialen Klassen im politischen Raum | 29 |
| 9 | Positionierung der Beobachtungen im politischen Raum | 32 |
| 10 | Positionierung schweizerischer und ausgewählter nicht-schweizerischer Parteien im politischen Raum der Schweiz | 34 |
| 11 | Quantil-Quantil-Plot der Repräsentationsqualität | 35 |
| 12 | Quantil-Quantil-Plots der Repräsentationsqualität (nach Parteien) . . . | 36 |

Tabellenverzeichnis

| | | |
|----|--|----|
| 1 | Struktur des politischen Raumes: Faktorenladungen nach Varimax-Rotation | 20 |
| 2 | Kreuztabelle der nächststehenden Partei mit der tatsächlich gewählten Partei | 23 |
| 3 | Logistische Regression der «starken» Variante des Responsible Party Model | 23 |
| 4 | Logistische Regression der «schwachen» Variante des Responsible Party Model | 24 |
| 5 | Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Wahl der GPS im «schwachen» Responsible Party Model | 26 |
| 6 | Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Wahl der SP im «schwachen» Responsible Party Model | 26 |
| 7 | Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Wahl der CVP im «schwachen» Responsible Party Model | 26 |
| 8 | Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Wahl der FDP im «schwachen» Responsible Party Model | 26 |
| 9 | Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Wahl der SVP im «schwachen» Responsible Party Model | 27 |
| 10 | Lineare Regression der minimalen Issue-Distanz auf die soziale Klasse | 30 |
| 11 | Lineare Regression der Repräsentationsqualität auf die Positionierung im politischen Raum | 33 |

1 Einleitung

Während von der klassischen griechischen Polis bis zu Rousseau Demokratie stets mit direkter Partizipation der Bürgerschaft in Staatsangelegenheiten gleichgesetzt worden ist, ist die Partizipation in der überwiegenden Mehrzahl der modernen Demokratien der heutigen Zeit – abgesehen von Einzelentscheidungen von herausragender Bedeutung etwa im Rahmen eines Plebiszits oder eines Referendums – indirekt. Grundlegend für ein derartiges Demokratieverständnis ist das Konzept der *Repräsentation*, dessen Kern die Herrschaft durch im Namen des Volkes handelnde Organe darstellt, wobei diese Organe in allgemeinen Wahlen bestellt und periodisch erneuert werden. In der repräsentativen Demokratie nehmen politische Parteien eine zentrale Rolle ein, da sie den Vermittlungsmechanismus bilden für die Transformation der Anliegen der Bürger in öffentliche Entscheidungen (Pierce 1999: 9).

In der jüngeren Vergangenheit wurde moniert, dass die Parteiensysteme insbesondere ihren repräsentativen Aufgaben nicht mehr gerecht würden. Mair und Katz (1995) etwa beobachteten eine «Kartellisierung» der Parteiensysteme, d. h. eine Entwicklung der Parteiensysteme hin zu selbst-referentiellen, von der Gesellschaft weitgehend autonomen Systemen, welche die Interessen und Wünsche des Volkes nicht mehr zu berücksichtigen brauchen. Auf Seite der Wählerschaft ist seit den 1970er Jahren in der Mehrzahl der Länder Westeuropas ein Niedergang der Wahlbeteiligung zu beobachten¹; gleichzeitig kam das Phänomen des Protestwählens auf.

Vor diesem Hintergrund gelangt man zu den Fragen (1) inwieweit die Repräsentation im schweizerischen Parteiensystem noch gewährleistet ist und ob (2) alle Bevölkerungssegmente gleichermaßen repräsentiert werden. Weiter interessiert, (3) ob – und wenn ja, welche – Parteien dazu beitragen könnten, die Repräsentationsqualität zu verbessern.

Zur Beantwortung dieser Fragen werden in den nachfolgenden Abschnitten die relevante Theorie herausgearbeitet, die verwendeten Modelle sowie die zu bearbeitenden Hypothesen vorgestellt. Anschliessend wird ein mutmasslich zweidimensionaler Raum modelliert, der es erlaubt, die Distanz von Präferenzen der Bürger und Parteienangebot zu vergleichen und gleichsam eine Masszahl für den Grad der Qualität der politischen Repräsentation zu bilden. Zuletzt werden die Hypothesen empirisch geprüft.

¹Wobei in der Literatur durchaus umstritten ist, inwiefern eine derartige Entwicklung demokratietheoretisch problematisch ist.

2 Theorie und Design

2.1 Theorie, Modelle und Hypothesen

Um der herausragenden Bedeutung politischer Parteien für die Repräsentation der Bürger in modernen, westeuropäischen Demokratien gerecht zu werden, wird bei der Konzeptualisierung von Repräsentation das *Responsible Party Model* (RPM) herangezogen. Im Sinne dieses Modells ist Repräsentation dann realisiert, wenn die Regierungspolitik den Präferenzen einer Mehrheit der Wählerschaft entspricht. Damit ein effektives System politischer Repräsentation gewährleistet werden kann, sind gemäss Schmitt (2001: 108) folgende Anforderungen zu erfüllen: (1) Es bewerben sich zwei oder mehr Parteien mit unterschiedlichen Politikangeboten um die Stimmen der Wähler, sodass diese tatsächlich eine Wahl haben; (2) die Parteien sind hinreichend kohärent, um in der Regierungsverantwortung ihr Politikangebot auch in Politik umsetzen zu können; (3) Wähler haben Politikpräferenzen; (4) Wähler wissen um die Unterschiede in den Politikangeboten; (5) die Wähler wählen jene Partei, deren Politikangebot ihren Politikpräferenzen am besten entspricht.

Diese fünf Punkte lassen sich in zwei Kernaussagen verdichten: Politische Repräsentation ist dann erfolgreich, wenn es unterschiedliche Politikangebote gibt, und wenn die Wähler diese bei ihrer Wahlentscheidung prominent berücksichtigen. Während die erste Kernaussage in westeuropäischen Mehrparteiensystemen regelmässig als erfüllt angesehen werden kann, hängt es bei der zweiten Kernaussage davon ab, wie man Politikpräferenz und Politikangebot inhaltlich definiert. Wenn darunter konkrete Policies verstanden werden, hat sie sich empirisch nicht bewährt; wenn Politikangebot und -präferenz auch allgemeine ideologische Standortbestimmungen einschliessen, kann sie – wie Schmitt (2001) nachzuweisen vermochte – als annähernd erfüllt gelten.

In seiner Essenz postuliert das Responsible Party Model die Wahl einer Partei auf der Basis einer Sachfragenorientierung (*issue voting*), welche anhand von zwei theoretischen Ansätzen erklärt werden kann. Die *Issue-Ownership-Theorie* postuliert, dass Personen jene Partei wählen, die für ihre wichtigsten Anliegen die besten Lösungen anbietet. Parteien positionieren sich entlang bestimmter Konfliktlinien und beziehen Position zu unterschiedlichen Sachfragen. Sie dominieren oder «besitzen» ein bestimmtes Thema, wenn ihnen in diesem Bereich besondere Sach- und Lösungskompetenz zugetraut wird. Dementsprechend versuchen politische Parteien, ihre Themen als wichtige Sachfragen darzustellen bzw. die Wähler davon zu überzeugen, dass sie die entsprechenden Probleme am besten lösen können, wobei der Wahlkampf und dessen Perzeption durch die

Medien eine entscheidende Rolle spielen (Kleinnijenhuis und de Ridder 1998: 417–418). Die *Issue-Position-Theorie*, der in dieser Arbeit der Vorzug gegeben wird, geht davon aus, dass Personen ihre Haltung zu wichtigen Sachthemen mit den entsprechenden Positionen der politischen Parteien vergleichen. Hinter der Issue-Position-Theorie steht eine Auseinandersetzung um das *Proximity* und das *Directional Model*. Gemäss dem ersten – der Rational-Choice-Tradition entstammenden – Ansatz, entscheiden sich die Wähler für jene Partei, deren Politikangebot den eigenen Präferenzen am nächsten – daher Proximity Model – kommt (Downs 1957). Kritisiert wurde dieses Modell u. a. von Rabinowitz und Macdonald (1989). Gestützt auf Erkenntnisse der Kognitionspsychologie monieren sie, dass es den Wählern gar nicht möglich sei, für alle relevanten Issues die denkbaren politischen Alternativen in eine geordnete Reihenfolge zu bringen. Gemäss diesen Autoren können die Wähler im besten Fall einschätzen, ob eine Partei für oder gegen eine bestimmte Sachfrage eintritt und mit welcher Intensität sie diese Haltung vertritt. Deshalb sei für einen Wahlentscheid nicht die absolute Nähe zwischen Politikangebot und -nachfrage, sondern die Richtung – daher Directional Model – und die Intensität der Positionen entscheidend. Allerdings ist auch dieses Modell nicht ohne Widerspruch geblieben, da es zur inhaltlich wenig plausiblen Konsequenz führt, dass der Nutzen jener Parteien, die ihre extremen Positionen besonders intensiv vertreten, ins Unendliche wächst.²

Aufgrund dieses Makels wird auf die Berücksichtigung des Directional Model verzichtet und einzig das Proximity Model verwendet. Ausgehend von dessen Annahmen, gelangt man zur ersten, deterministischen Hypothese:

H₁: *Ein Wähler wählt jene Partei, die seinen Präferenzen am nächsten steht.*

Diese Hypothese postuliert ein «starkes» Responsible Party Model, in dem die Wähler ihre aufgrund von soziostrukturellen Faktoren gegebenen politischen Präferenzen – im Sinne der Rational-Choice-Theorie – als einzige Entscheidungsfaktoren bei der Wahl berücksichtigen. Statistisch gesprochen sollte der gesamte Effekt der soziostrukturellen Faktoren auf die Wahl einer Partei durch die vom Wähler bewusst getroffene Evaluation eigener politischer Präferenzen und der Angebote der politischen Parteien zurückgeführt werden (vgl. Abbildung 1 auf der nächsten Seite).

Kitschelt und Rehm (2004: 3) weisen aber darauf hin, dass bei einem Wahlentscheid nicht nur – möglicherweise nicht einmal hauptsächlich – rationale Überlegungen ausschlaggebend sein dürften, und dass deshalb soziostrukturelle Faktoren wie Geschlecht,

²Für eine ausführliche Darstellung vgl. Merrill und Grofman (1999).

Alter, Bildungsniveau, Einkommensklasse, Religiosität, Gewerkschaftsmitgliedschaft und die Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse neben dem indirekten Effekt über die politische Präferenzenbildung zugleich auch einen direkten Effekt auf die Wahl einer Partei hätten (vgl. «schwaches» Responsible Party Model in Abbildung 2).

Abbildung 1: «Starkes» Responsible Party Model

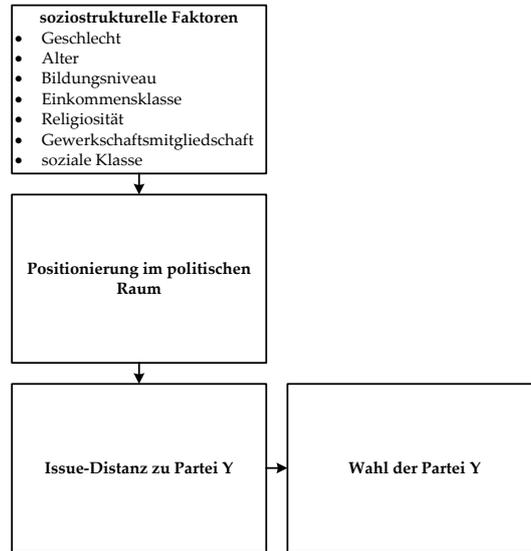
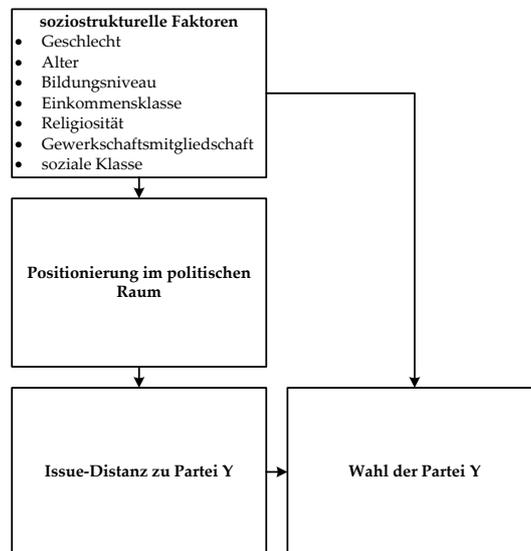


Abbildung 2: «Schwaches» Responsible Party Model



Zentral für die Untersuchung dieser und auch der folgenden Fragen ist die Konzeption des politischen Raumes, die es erlaubt, Issue-Positionen von Wählern und Parteien zu lokalisieren, was wiederum ermöglicht, Issue-Distanzen als Mass der Repräsentationsqualität zu bestimmen. Wie etwa die Untersuchungen von Kitschelt (1994) oder Kriesi et al. (2006; 2008) gezeigt haben, ist der politische Raum in Westeuropa zweidimensional strukturiert. Demnach umfasst eine erste, *sozioökonomische Dimension* Fragen zur Ressourcenverteilung (Distributionsmassnahmen, Rahmenbedingungen für die Wirtschaft etc.) und bezeichnet ein Kontinuum zwischen «linken», «interventionistischen» oder «protektionistischen» Positionen einerseits und «rechten», «laissez-faire» oder «(neo-)liberalen» Positionen andererseits. Eine zweite, *soziokulturelle Dimension* umfasst Fragen der Identität, der Werte und Normen, wobei das Kontinuum von «konservativen», «abgrenzenden» oder «autoritären» Positionen zu «öffnenden» oder «libertären» Positionen läuft.³

Zur Beantwortung der zweiten Forschungsfrage – ob die Repräsentationsqualität für alle Bevölkerungssegmente gleichermaßen gewährleistet ist – wird überprüft, ob einzelne soziale Klassen⁴ systematisch schlechter repräsentiert werden als andere. Als theoretischer Hintergrund dieser Fragestellung dienen die Arbeiten von Kitschelt (1994), Kriesi (1998), Kriesi et al. (2008) und Oesch (2006; 2008a; 2008b), die sich mit den politischen Präferenzen der verschiedenen sozialen Klassen und deren Artikulation im Parteiensystem im sich durch den sozioökonomischen Wandel seit den 1970er-Jahren verändernden Kontext befassten, wobei sich deren Befunde in etwa wie folgt zusammenfassen lassen:

Im Zuge des sozioökonomischen Wandels – worunter etwa die Tertiarisierung der Wirtschaft, die Feminisierung der Arbeitsmärkte, die Bildungsexpansion, der Aufbau eines umfassenden Wohlfahrtsstaates, die allgemeine Zunahme des Wohlstandes und seit den 1990er-Jahren die Globalisierung zu subsumieren sind – entstand eine immer breitere Mittelklasse, welche in den privaten und staatlichen Dienstleistungsorganisationen beschäftigt ist. Diese neue Mittelklasse – bestehend aus Managern, soziokulturellen

³Wie Kriesi et al. (2008) aufzeigten, nahm die Bedeutung der soziokulturellen Dimension in den vergangenen dreissig Jahren für den Wettkampf zwischen den Parteien massiv zu. Gleichzeitig kam es zu einer Transformation der soziokulturellen Dimension. Während es in den 1970er-Jahren in erster Linie religiöse Fragen waren, welche die Position bestimmten, wird diese Dimension seit den 1990er-Jahren hauptsächlich von Fragen zur Immigration und der innereuropäischen Integration dominiert.

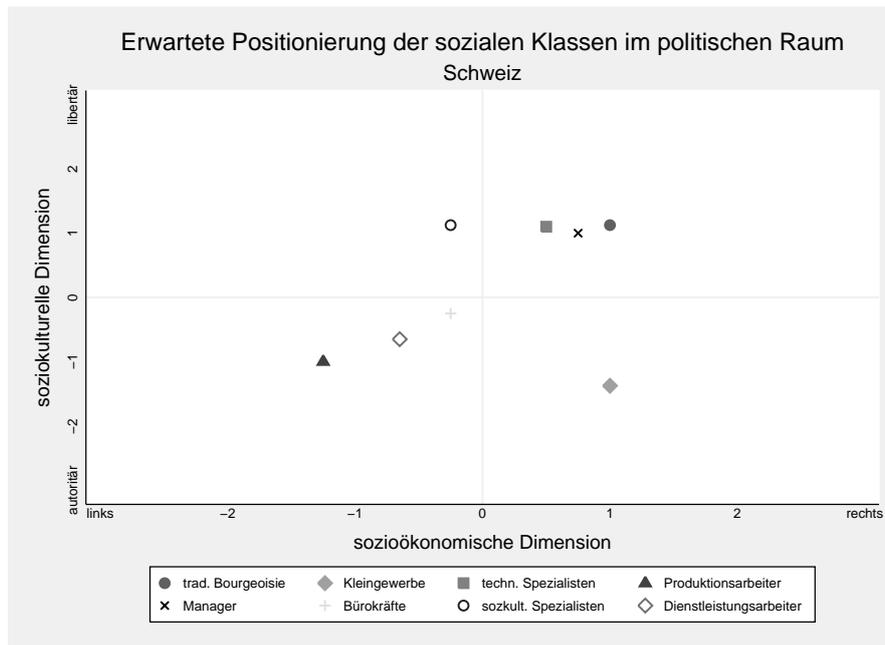
⁴Die Untersuchung der sozialen Klassen stützt sich auf das Achtklassenschema nach Oesch. Dieses nach der Arbeitslogik und dem *skill level* differenzierende Schema setzt sich zusammen aus den Klassen der traditionellen Bourgeoisie, des Kleingewerbes, der technischen Spezialisten, der Produktionsarbeiter, der Manager, der Bürokräfte, der soziokulturellen Spezialisten und der Dienstleistungsarbeiter. Für eine ausführlichere Darstellung vgl. Oesch (2006).

sowie technischen Spezialisten –, begrüsst aufgrund ihres hohen Bildungsstandes eine wenig hierarchische, multikulturelle Gesellschaft. Da die durch die Öffnung der nationalen Grenzen geschaffenen Mobilitätsoptionen für sie einen Gewinn darstellen, steht sie auch der Globalisierung grundsätzlich positiv gegenüber. Damit nimmt die neue Mittelklasse eine soziokulturell libertäre Position ein, wobei diese Positionierung bei den soziokulturellen Spezialisten (beispielsweise Lehrer, medizinisches Personal, Künstler, Medienleute) aufgrund ihrer unabhängigen und interaktiven Arbeitslogik akzentuierter ist als bei technischen Spezialisten (Betriebswirtschafter, Ingenieure) oder den Managern. Auf der sozioökonomischen Dimension hingegen präsentiert sich ein deutlich heterogeneres Bild der neuen Mittelklasse: Während soziokulturelle Spezialisten aufgrund der Staatsnähe ihrer Beschäftigung eine links-zentristische Position einnehmen, stehen Manager als privatwirtschaftlich Tätige sozioökonomisch rechten Positionen deutlich näher.

Die soziokulturell libertären Präferenzen der neuen Mittelklasse provozieren eine «autoritäre Antwort der weniger gebildeten, typischerweise männlichen, Produktionsarbeiter, der Bürokräfte sowie der [im Kleingewerbe tätigen] <petite bourgeoisie>» (Kitschelt 1994: 23). Insbesondere die ungelerten Produktions- und Dienstleistungsarbeiter sehen sich durch die Entgrenzung bedroht (Schlagworte sind hier Lohndumping durch Immigranten und massiver Stellenabbau durch Outsourcing), weshalb sie eine restriktivere Immigrationspolitik fordern und der Globalisierung im Allgemeinen und der innereuropäischen Integration im Besonderen negativ gegenüber stehen. Auf der sozioökonomischen Dimension aber nehmen Produktions- und Dienstleistungsarbeiter – da sie den Risiken des Arbeitsmarkts ausgesetzt und damit umso stärker auf den Schutz durch einen grosszügigen Wohlfahrtsstaat angewiesen sind – eine unverändert linke Position ein; im Gegensatz dazu steht das Kleingewerbe, das eine deutlich rechte Position vertritt. Wenig überraschend vertritt die traditionelle Bourgeoisie (Grossunternehmer und Freiberufler wie Anwälte, Ärzte etc.) aufgrund ihrer Stellung im Arbeitsmarkt eine sozioökonomisch rechte und soziokulturell libertäre Position. Basierend auf diesen Ausführungen lassen sich die Klassen vorläufig, wie in Abbildung 3 auf der nächsten Seite dargestellt, im politischen Raum verorten.

Diese Konfiguration stellt insbesondere die Sozialdemokratie vor ein kaum lösbares Dilemma (Kitschelt 1994: 30 ff.): Mit einer akzentuiert linken Position auf der sozioökonomischen Dimension kann zwar die Arbeiterschaft eingebunden werden, allerdings kostet eine derartige Positionierung die Stimmen der neuen Mittelklasse. Gleiches gilt für die soziokulturelle Dimension: Mit einer akzentuiert libertären Position gewinnt

Abbildung 3: Erwartete Positionierung der sozialen Klassen im politischen Raum



die Sozialdemokratie die Stimmen der neuen Mittelklasse, verliert aber gleichzeitig diejenigen der Arbeiterschaft.

Wie Kriesi et al. (2006; 2008) für Westeuropa und Oesch und Rennwald (2010) für die Schweiz beobachtet haben, nehmen die etablierten Parteien der Linken und der Rechten bezüglich der soziokulturellen Dimension tendenziell eine libertäre Position ein, da sie dazu neigen, insbesondere den Globalisierungsprozess nicht nur als unvermeidlich, sondern sogar als vorteilhaft für die Aufrechterhaltung ihrer Position zu betrachten. Gleichzeitig entwickelten sich zur politischen Rechten neue populistische Parteien, deren zentrale Kennzeichen ihre Fremdenfeindlichkeit und ihr populistischer Appell an das weit verbreitete Ressentiment gegen die etablierten Parteien und die politischen Eliten sind, und die damit ein rechts-autoritäres Programm für die «Verlierer» der Globalisierung formulieren.⁵

Diese Ausführungen führen zur Vermutung, dass die Arbeiterschaft an der Urne gezwungen ist, zu entscheiden, ob sie ihren sozioökonomischen Präferenzen (durch die Wahl einer links-libertären sozialdemokratischen Partei) oder ihren soziokulturellen Präferenzen (durch die Wahl einer rechts-autoritären Partei) Ausdruck verleihen will,

⁵Das bedeutet allerdings nicht, dass gezwungenermassen neue Parteien entstehen – in der Schweiz etwa werden diese rechts-autoritären Positionen durch eine transformierte etablierte Partei (die Schweizerische Volkspartei) vertreten.

dass aber die gleichzeitige Befriedigung sowohl der sozioökonomischen als auch der soziokulturellen Präferenzen nicht möglich ist. Aus diesen Überlegungen lässt sich folgende Hypothese ableiten:

H₂: *Produktions- und Dienstleistungsarbeiter werden schlechter repräsentiert als soziokulturelle Spezialisten, technische Spezialisten, Manager, die traditionelle Bourgeoisie, Bürokräfte oder die Kleingewerbler (petite bourgeoisie).*

Für die Beantwortung der dritten Forschungsfrage wird keine Hypothese formuliert, stattdessen sollen im Rahmen einer qualitativen Untersuchung ausgewählte Parteien im politischen Raum der Schweiz verortet werden, wobei zu erwarten ist, dass sich die Repräsentationsqualität durch diese «Erweiterung» des Parteienangebots verbessert.

2.2 Untersuchungsanlage

2.2.1 Daten

Die Prüfung dieser Hypothesen stützt sich auf Daten, die 2008/2009 im Rahmen der vierten Runde des *European Social Survey* (ESS) erhoben und Ende 2009 veröffentlicht worden sind.⁶ Der ESS liefert Mikrodaten für vergleichende Analysen für zwanzig europäische Länder sowie Israel und umfasst 636 Variablen für 54 988 Fälle (European Social Survey 2009).

2.2.2 Länderauswahl und berücksichtigte Parteien

Zur Untersuchung der ersten beiden Hypothesen wird der Fokus auf die Schweiz gelegt. Dabei werden in der Schweiz die vier Bundesratsparteien⁷ – die Sozialdemokratische Partei (SP), die Christlichdemokratische Volkspartei (CVP), die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP), die Schweizerische Volkspartei (SVP) – sowie die Grüne Partei (GPS) berücksichtigt, die zusammen knapp 90 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen.

Die Beantwortung der dritten Forschungsfrage erfordert zusätzlich die Berücksichtigung weiterer Parteien. Dazu könnte einerseits die Positionierung für eine Anzahl theoretisch optimaler – d. h. die Repräsentationsqualität maximierender – «Parteien»

⁶Aktuell [Stand 29. Juni 2010] verfügbar ist die noch nicht finale dritte Edition der vierten Runde.

⁷Zum Zeitpunkt der für die ESS massgeblichen Nationalratswahlen von 2007 bestand die Bürgerlich-Demokratische Partei (BDP) noch nicht, weshalb sie für die nachfolgende Untersuchung nicht berücksichtigt wird.

bestimmt und die Veränderung der Repräsentationsqualität des um diese «Parteien» erweiterten Parteiensystem berechnet werden. Andererseits könnten bestehende Parteien anderer Länder im schweizerischen Parteiensystem verortet werden. In dieser Arbeit wird der zweite Ansatz verfolgt, der gegenüber dem ersten den Vorteil der geringeren Abstraktheit hat. Die Analyse der Positionierungen von Parteien aus Deutschland, Grossbritannien, Flandern, Frankreich und den Niederlanden zeigt, dass die französische Lutte Ouvrière (LO) und der Front National (FN) sowie die deutsche Linkspartei.PDS (Linkspartei/PDS), das Bündnis 90/Die Grünen (B90/Die Grünen) und die Freie Demokratische Partei (FDP) Positionen vertreten, welche die mutmasslichen Lücken im schweizerischen Parteiensystem zu verringern vermögen.⁸

2.2.3 Operationalisierung

2.2.3.1 Der Politische Raum

Zur Bildung eines Indikators der Issue-Distanzen zwischen Wählern und Parteien sind relativ umfangreiche Vorarbeiten notwendig, die im Folgenden kurz erläutert werden sollen: In einem ersten Schritt werden mittels einer Faktorenanalyse die relevanten Dimensionen bestimmt, die es in einem zweiten Schritt erlauben, einen – mutmasslich zweidimensionalen – politischen Raum aufzuspannen. Dies ermöglicht es in einem dritten Schritt, die Individuen und die Parteien in diesem Raum zu verorten, was es in einem vierten Schritt erlaubt, die Distanzen zwischen jedem Individuum und der gewählten Partei zu berechnen⁹. Damit erhält man einen kontinuierlichen Indikator für den Grad der Repräsentation.

⁸Die übrigen Parteien dieser Parteiensysteme werden nicht berücksichtigt, da diese im Wesentlichen die Positionen der schweizerischen Parteien duplizieren und deshalb nur wenig zur Verbesserung der Repräsentationsqualität beitragen.

⁹Dabei entspricht die Issue-Distanz der quadrierten Differenz zwischen dem Idealpunkt des Wählers und der programmatischen Position einer Partei. Die einfache Differenz lässt sich nach der Konstruktion des politischen Raums, der durch zwei orthogonale Konfliktdimensionen *econ* und *cult* aufgespannt wird, mittels der euklidischen Distanz zwischen Parteien und Wählern berechnen. Demnach lautet die Formel zur Berechnung der Distanz zwischen einem Wähler *v* und einer Partei *p* in einem zweidimensionalen politischen Raum $d_{vp} = \sqrt{(v_{econ} - p_{econ})^2 + (v_{cult} - p_{cult})^2}$, wobei v_{econ} bzw. p_{econ} die Positionierung des Wählers bzw. der Partei auf der sozioökonomischen Dimension, v_{cult} bzw. p_{cult} die Positionierung des Wählers bzw. der Partei auf der soziokulturellen Dimension beschreibt. Durch die anschliessende Quadrierung dieser Differenz wird erreicht, dass die Distanz einer Partei *p* zum Wähler *v* überhöht dargestellt wird. Die Formel zur Berechnung der Issue-Distanz lautet also: $Issue-Distanz_{vp} = (\sqrt{(v_{econ} - p_{econ})^2 + (v_{cult} - p_{cult})^2})^2 = (v_{econ} - p_{econ})^2 + (v_{cult} - p_{cult})^2$.

Issues des politischen Raums

In Anlehnung an die Untersuchungen von Kriesi et al. (2008), Kitschelt und Rehm (2004) sowie van der Brug und van Spanje (2009) wird der politische Raum durch folgende Items aufgespannt:

- *Staatliche Reduktion von Einkommensunterschieden*: Erfasst die Einstellung der Befragten zu staatlichen Redistributionsmassnahmen, indem die Befragten auf einer 5-Punkte-Skala ihre Meinung zu folgendem Statement angeben: «Der Staat sollte Massnahmen ergreifen, um die Einkommensunterschiede zu vermindern.»
- *Gerechte Gesellschaft durch kleine Unterschiede in den Lebensstandards*: Erfasst die Vorstellung einer gerechten Gesellschaft; dabei geben die Befragten auf einer 5-Punkte-Skala ihre Meinung zu folgendem Statement an: «Damit eine Gesellschaft gerecht ist, sollten die Unterschiede im Lebensstandard der Menschen gering sein.»
- *Unterschiedliches Einkommen für unterschiedliche Leistung*: Misst die Einstellung zur Leistungsgerechtigkeit, indem die Befragten auf einer 5-Punkte-Skala ihre Meinung zu folgendem Statement abgeben: «Grosse Einkommensunterschiede sind gerechtfertigt, um Unterschiede in Begabung und Arbeitseinsatz entsprechend zu honorieren.»
- *Staatliche Arbeitsmarktpolitik*: Misst die Einstellung zu einer Facette des Wohlfahrtsstaates; dabei äussern sich die Befragten auf einer 10-Punkte-Skala zu folgender Frage: «Sollte der Staat dafür verantwortlich sein, eine Stelle für jede arbeitswillige Person sicherzustellen?»
- *Steuern vs. Wohlfahrtsstaat*: Erfasst die Meinung der Befragten zu folgendem Statement auf einer 10-Punkte-Skala: «Viele Sozialleistungen werden mit Steuergeldern finanziert. Wenn sich ein Staat zwischen zwei Ansätzen entscheiden müsste, was sollte er wählen? Entweder die Steuern erhöhen und mehr für Sozialleistungen ausgeben oder die Steuern senken und weniger für Sozialleistungen ausgeben?»
- *Immigration und Lebensqualität*: Erfasst die Einstellung zur Immigration generell, indem die Befragten auf einer 10-Punkte-Skala folgende Frage beantworten: «Lässt es sich in [Land] wegen der Zuwanderer schlechter oder besser leben?»
- *Immigration und nationale Kultur*: Misst zusammen mit dem nachfolgenden Item die Einstellung zu kulturellem Liberalismus; dabei geben die Befragten auf einer 10-Punkte-Skala ihre Meinung zu folgendem Statement ab: «Würden Sie sagen, dass Zuwanderer das Kulturleben in [Land] generell eher untergraben oder bereichern?»

- *Freiheiten für Homosexuelle*: Die Befragten geben auf einer 5-Punkte-Skala ihre Meinung zu folgendem Statement: «Schwule und Lesben sollten ihr Leben nach eigenen Vorstellungen leben können.»
- *Verschärfung des Strafrechts*: Erfasst die Einstellung zu Law-and-Order-Politik, indem die Befragten auf einer 5-Punkte-Skala ihre Meinung zu folgendem Statement angeben: «Menschen, die das Gesetz brechen, sollten viel härter bestraft werden, als sie heute bestraft werden.»
- *Europäische Einigung*: Misst die Einstellung zur Entwicklung der EU; dabei geben die Befragten ihre Meinung zur Einigung Europas auf einer 10-Punkte-Skala von «Die europäische Integration ist bereits zu weit gegangen» bis «Die europäische Integration sollte verstärkt werden» an.

Dabei ist zu erwarten, dass die ersten fünf Items auf die sozioökonomische Dimension laden, während die Items sechs bis zehn der soziokulturellen Dimension zuzuordnen sind.

Die Positionierung der Individuen und der Klassen

Die Positionierung der Individuen geschieht auf der Basis ihrer jeweiligen Einstellungen zu den obengenannten Issues¹⁰, wobei diese Issues durch eine Faktorenanalyse einer Dimension zugeordnet und mittels Faktorenwerte zu je einer Variablen pro Dimension zusammengefasst werden.

Für die sozialen Klassen wird die jeweilige Positionierung über deren Medianmitglied ermittelt.

Die Positionierung der Parteien

Da der Datensatz keinerlei Hinweise zur Issue-Positionierung von Parteien (oder deren Kandidaten) enthält, wird die Positionierung der schweizerischen Parteien im politischen Raum durch den Median der Parteimitglieder bestimmt.¹¹ Bei den berücksichtigten nicht-schweizerischen Parteien ist ein derartiges Vorgehen nicht möglich, da

¹⁰Da im ESS-Datensatz keinerlei Angaben zur Salienz – d. h. der subjektiven Bedeutung der einzelnen Issues für eine bestimmte Person –, vorhanden sind, muss die Annahme getroffen werden, dass die Individuen allen Issues eine gleichwertige Bedeutung zumessen.

¹¹Eine derartige Operationalisierung hat gegenüber anderen Operationalisierungen – etwa mittels Expertenbefragungen, oder einer Analyse von Wahlprogrammen o. ä. – den Vorteil, dass sie auf dem ESS-Datensatz basiert, weshalb eine u. U. arbiträre Zuordnung nicht deckungsreicher Issues entfällt. Wie Ladner (2006: 408) gezeigt hat, vertreten Parteiexponenten im Vergleich zur Wählerschaft durchwegs extremere Positionen als die Wählerschaft. Deshalb lassen sich die tatsächlichen Positionierungen der Parteien über deren Mitglieder zuverlässiger bestimmen als über die Wählerschaften (Mair 2001: 14–15).

im Datensatz für diese Parteien – die teilweise eher marginale Erscheinungen sind – z. T. keine Parteimitglieder vorhanden sind. Stattdessen wird die Positionierung dieser Parteien durch den Median der politisch sehr interessierten Wähler bestimmt.

2.2.3.2 Hypothese 1: Wahlentscheidung und Issue-Distanz

Abhängige Variable: Wahl einer Partei

Die abhängige, kategoriale Variable der ersten Hypothese wird operationalisiert durch das Item «Welche Partei haben Sie in der letzten nationalen Wahl gewählt?» (nominalskaliert). Diese Variable wird in ein Set von Dummy-Variablen überführt, sodass für jede Partei eine dichotome Variable entsteht, was eine Analyse mittels logistischer Regression ermöglicht.

Unabhängige Variable: Nächststehende Partei

Die unabhängige Variable der «nächststehenden Partei» ist eine Dummy-Variable und gibt für jede Partei an, ob es sich dabei um jene handelt, zu der das Individuum von allen Parteien die kleinste Issue-Distanz hat.

Kontrollvariablen: Soziostrukturelle Faktoren

Es ist keine einfache Aufgabe, die Vielzahl der möglichen soziostrukturellen Faktoren als Determinanten der Wahlentscheidung in multivariaten Analysen zu berücksichtigen. Präferabel erscheint ein umfassender Ansatz, der gleichwohl mit sparsamen Modellspezifikationen auskommt. Der hier verfolgte Ansatz versucht die Wahlentscheidung auf das Alter, das Geschlecht, das Bildungsniveau, die Einkommensklasse, die Religiosität, die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft und die Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse zu regredieren. Diese werden operationalisiert durch die Items «Geschlecht des Befragten» (nominalskaliert), «Alter des Befragten» (ratioskaliert), «Höchster Bildungsabschluss des Befragten» (ordinalskaliert), «Welche Einkommensgruppe entspricht dem Nettoeinkommen ihres Haushalts am besten?» (ordinalskaliert), «Wie oft nehmen Sie abgesehen von besonderen Ereignissen wie Hochzeiten oder Beerdigungen heutzutage an Gottesdiensten teil?» (ordinalskaliert), «Sind sie jemals Mitglied einer Gewerkschaft oder einer ähnlichen Organisation gewesen oder sind Sie es immer noch?» (nominalskaliert) und Oesch's Achtklassenschema¹² (nominalskaliert),

¹²Für eine detailliertere Darstellung der Operationalisierung vgl. Oesch (2006).

wobei die kategorialen Variablen als Sets von dichotomisierten Indikatorvariablen in die Regression aufgenommen werden.

2.2.3.3 Hypothese 2: Repräsentation und soziale Klasse

Abhängige Variable: Repräsentationsqualität

Die abhängige Variable Repräsentationsqualität wird operationalisiert durch die Issue-Distanz zwischen dem jeweiligen Individuum und der ihm ideologisch am nächsten stehenden politischen Partei – also der minimalen Issue-Distanz –, wobei eine kleine minimale Issue-Distanz einer hohen, eine grosse minimale Issue-Distanz einer niedrigen Repräsentationsqualität entspricht.

Unabhängige Variable: Klassenzugehörigkeit

Wie bereits im Abschnitt Theorie, Modelle und Hypothesen dargelegt, wird davon ausgegangen, dass insbesondere bei den sozialen Klassen Unterschiede hinsichtlich der Repräsentation ihrer Präferenzen im Parteiensystem bestehen. Dabei hat sich gezeigt, dass Oesch's Klassenschema ein hilfreicher Rahmen zur Konzeption des Konzepts der sozialen Klasse darstellt. Wie von ihm vorgeschlagen, wird das Acht- und nicht das zu differenzierte Siebzehnklassenschema verwendet (Oesch 2006: 124–125). Theoretisch ist die Entscheidung, dem Acht- und nicht dem Siebzehnklassenschema den Vorzug zu geben, damit zu begründen, dass nicht alle Unterteilungen des differenzierteren Modells «Klassencharakter» haben, also nicht aufgrund ihrer Positionierung im Arbeitsmarkt zur Ausbildung spezifischer Präferenzen und einem eigenen Klassenbewusstsein geführt haben. Aber auch aus pragmatischen Überlegungen ist das Achtklassenschema – aufgrund der Notwendigkeit der genügend grossen Fallzahl je Klasse – dem Siebzehnklassenschema vorzuziehen.¹³

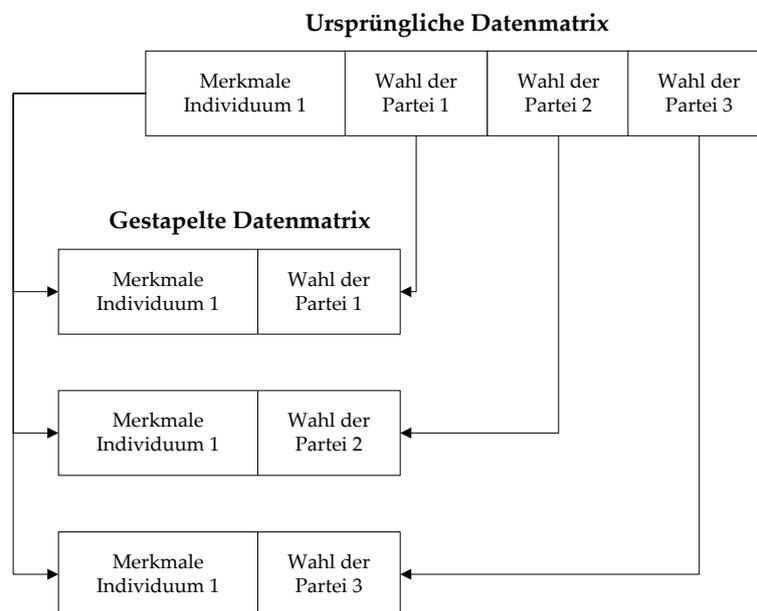
2.2.4 Analysemethoden

Die erste Hypothese postuliert, dass die nächststehende Partei – und damit indirekt die Issue-Distanz zwischen Wählern und Parteien – die Parteiwahl (ko-)determiniert.

¹³Die Operationalisierung folgt dabei strikte den Vorgaben Oesch's – einzige Ausnahme bildet seine Restriktion betreffend der berücksichtigten Altersgruppen: Während Oesch nur die 20- bis 65-jährigen berücksichtigt, werden in der vorliegenden Arbeit alle über 18 Jahre alten Individuen berücksichtigt. Das hat zum einen theoretische Gründe, da anzunehmen ist, dass die sozialisatorische Wirkung der Arbeitstätigkeit auch nach der Pensionierung anhalten wird; zum andern liegt der pragmatische Grund darin, dass mit dem Ausschluss der noch nicht im Beruf integrierten und den Rentnern rund 16 Prozent der Beobachtungen durch Missings verloren gingen.

Im Datensatz würde üblicherweise für jede Partei eine entsprechende Issue-Distanz angegeben. Allerdings genügt es nicht, wie van der Eijk et al. (1996) zeigten, jede Partei für sich zu betrachten, da dadurch die «individual level inter-party variation» nicht berücksichtigt werden kann. Ein adäquates Analysemodell muss daher diese inter-party und inter-individual Varianz gleichzeitig berücksichtigen, was erreicht werden kann, indem die Daten in die Form der sog. *gestapelten Datenmatrix* gebracht werden. Dabei repräsentiert der Datensatz nicht mehr Befragte, sondern Befragte \times Parteien-Kombinationen. Abbildung 4 stellt die Logik des gestapelten Datensatzes dar. Bei einer gestapelten Datenmatrix ist jeder Befragte mit so vielen «Fällen» vertreten, wie Parteien vorhanden sind und jede Partei ist mit so vielen «Fällen» vertreten wie es Respondenten hat.

Abbildung 4: Ursprüngliche und gestapelte Datenmatrix



Im Falle der ersten Hypothese soll der Einfluss einer dichotomen unabhängigen – unter Berücksichtigung von nominal-, ordinal-, intervall- sowie ratioskalierten Kontrollvariablen – auf eine dichotome abhängige Variable geschätzt werden, wobei dies mittels logistischer Regression erfolgen soll. Die zweite Hypothese besteht aus einer ratioskalierten abhängigen und den dichotomen unabhängigen Variablen, weshalb sich als Analysemethode eine lineare Regression anbietet. Die dritte Forschungsfrage wurde

nicht als Hypothese formuliert, stattdessen soll mittels einer deskriptiven Darstellung die Veränderung der Repräsentationsqualität durch zusätzlich berücksichtigte Parteien dargestellt werden.

3 Resultate

3.1 Struktur des politischen Raumes der Schweiz

Wie bereits im Abschnitt zur Operationalisierung auf Seite 13 dargestellt, müssen zunächst mittels einer Faktorenanalyse die Zahl der Dimensionen des politischen Raums und die diese Dimensionen konstituierenden Items bestimmt werden. Nach der Hauptkomponentenanalyse (*principal component factor analysis*) mit orthogonaler Varimax-Rotation werden zwei Faktoren zurückbehalten, die jeweils einen Eigenwert von mehr als 1 aufweisen. Wie aus Tabelle 1 auf der nächsten Seite hervorgeht, laden die Items zur Immigration («Immigration und Lebensqualität»), zum kulturellen Liberalismus («Immigration und nationale Kultur» und «Freiheiten für Homosexuelle»), zur Law-and-Order-Politik («Verschärfung des Strafrechts») und zur EU («Europäische Einigung») mit Werten von z. T. deutlich über $|0.4|$ – was gemeinhin als kritische Grenze für gute Indikatoren gilt (Acock 2008: 302) – auf einem ersten Faktor, während die Items zum ökonomischen Liberalismus («Staatliche Reduktion von Einkommensunterschieden»), zur Vorstellung einer gerechten Gesellschaft («Gerechte Gesellschaft durch kleine Unterschiede in den Lebensstandards»), zur Leistungsgerechtigkeit («Unterschiedliches Einkommen für unterschiedliche Leistung») und zum Wohlfahrtsstaat («Staatliche Arbeitsmarktpolitik») hoch auf einem zweiten Faktor laden¹⁴. Die mit den theoretischen Erwartungen übereinstimmenden Ergebnisse erlauben es, den ersten Faktor als *soziokulturelle Dimension*, den zweiten Faktor als *sozioökonomische Dimension* zu bezeichnen.

Die aus der Faktorenanalyse gewonnenen Faktorenwerte (*factor scores*), bei denen jedes Item gemäss der Bedeutung für den Faktor gewichtet wird, spannen den eigentlichen politischen Raum auf und ermöglichen damit die Positionierung der Befragten. Die Faktorenwerte sind dabei derart skaliert, dass der Mittelwert null und die Varianz eins beträgt und tiefe Werte linken resp. autoritären Positionen entsprechen, während hohe Werte mit rechten resp. libertären Positionen korrespondieren. Als Konvention

¹⁴Das Item «Steuern vs. Wohlfahrtsstaat» lädt nur mit -0.35 auf den ersten resp. mit 0.37 auf den zweiten Faktor und wird deshalb nicht berücksichtigt.

Tabelle 1: Struktur des politischen Raumes: Faktorenladungen nach Varimax-Rotation

| | sozkult Dim | sozökon Dim |
|---|-------------|-------------|
| Staatliche Reduktion von Einkommensunterschieden | −0.00 | 0.78 |
| Gerechte Gesell. durch kl. Unters. in den Lebensstandards | 0.04 | 0.70 |
| Unters. Einkommen für unters. Leistung | −0.07 | 0.49 |
| Staatliche Arbeitsmarktpolitik | −0.07 | 0.64 |
| Immigration und Lebensqualität | 0.80 | 0.03 |
| Immigration und nationale Kultur | 0.84 | 0.01 |
| Freiheiten für Homosexuelle | 0.41 | −0.13 |
| Verschärfung des Strafrechts | 0.53 | 0.06 |
| Europäische Einigung | 0.70 | −0.14 |
| Eigenwert | 2.27 | 1.79 |
| erklärte Varianz | 0.25 | 0.20 |
| N | 1065 | 1065 |

Extraktionsmethode: Hauptkomponenten-Faktorenanalyse
 Rotationsmethode: orthogonale Varimax-Rotation

für die nachfolgenden Abbildungen gilt, dass die sozioökonomische Dimension in der Horizontalen, die soziokulturelle Dimension in der Vertikalen dargestellt wird.

Betrachtet man nun zunächst jeweils die Wählerschaften aller Parteien in der Schweiz (vgl. Abbildung 5 auf der nächsten Seite), bestätigt sich, was man theoretisch und aus der täglichen Erfahrung erwartet: Die Wählerschaften von SP und Grünen befinden sich in ihrer Mehrzahl im links-libertären Quadranten, während SVP-Wähler im Durchschnitt eher rechts-konservativ eingestellt sind; die Wählerschaft der FDP steht sozioökonomisch deutlich rechts, während diejenige der CVP sowohl sozioökonomisch wie auch soziokulturell in der Mehrheit eine zentristische Position einnimmt. Bemerkenswert ist die – sowohl auf der sozioökonomischen wie auch auf der soziokulturellen Dimension – grosse Heterogenität der Gruppe der Nicht-Wähler.

Stellt man den Positionierungen der Wählerschaft die mittels Median der Parteimitglieder positionierten Parteien gegenüber (Abbildung 6 auf der nächsten Seite), fällt erstens auf, dass die Parteien generell eher nahe beim Zentrum liegen. Weiter fällt auf, dass keine der Parteien links-autoritäre Positionen vertritt, was insbesondere deshalb überrascht, als rund ein Viertel aller Beobachtungen links-autoritäre Wertvorstellungen haben. Insofern scheint die einleitend formulierte These – dass sich die Parteiensysteme zu selbst-referentiellen Systemen entwickelt hätten, welche die Interessen und Wünsche des Volkes nicht zu berücksichtigen bräuchten – empirisch bestätigt und die Basis für die weiteren Untersuchungen, ob unter diesen Bedingungen die Repräsentation noch gewährleistet ist, ist geschaffen.

Abbildung 5: Positionierung der Wählerschaften im politischen Raum

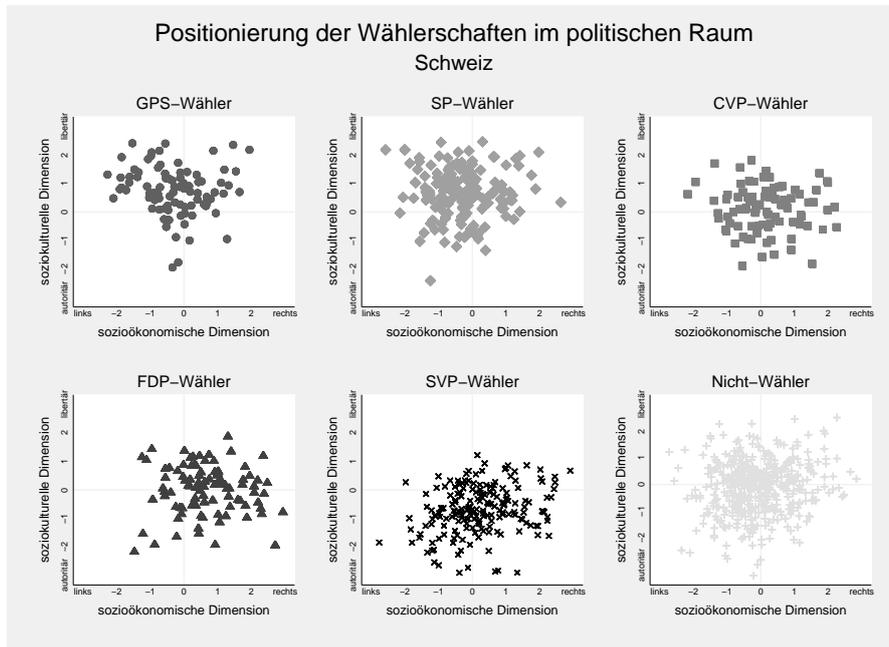
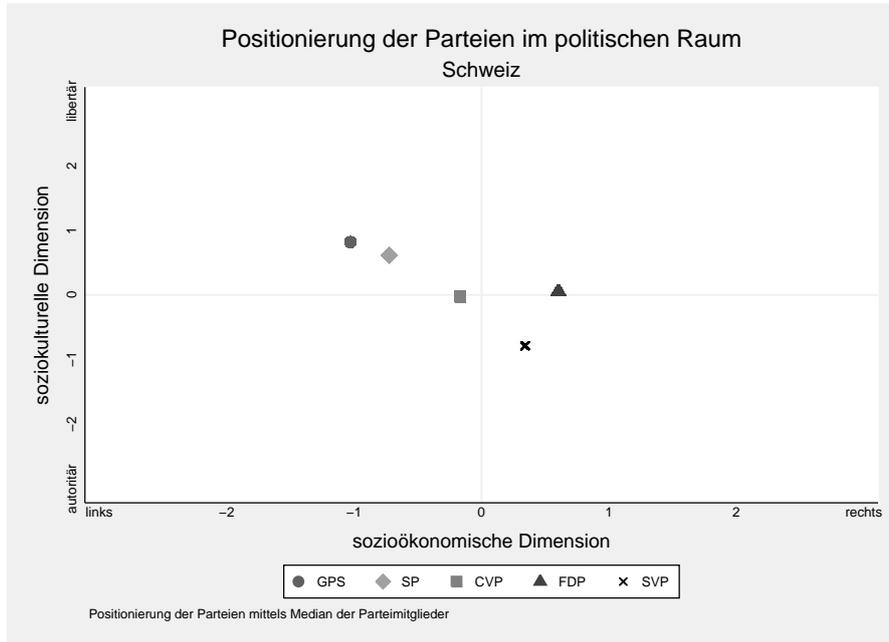


Abbildung 6: Positionierung der Parteien im politischen Raum



3.2 Forschungsfrage 1: Gewährleistung der politischen Repräsentation

Die erste Hypothese postuliert unter dem Verweis auf das Responsible Party Model den Einfluss der nächststehenden Partei – also jene Partei, zu der die Issue-Distanz für den Wähler minimal ist – auf die Wahl einer Partei. Zur Überprüfung dieser Annahme soll in einem ersten Schritt die «starke» Variante des Responsible Party Model getestet werden, indem für jede Partei mittels einer logistischen Regression die Stärke und Signifikanz des Einflusses der nächststehenden Partei gemessen wird. In einem zweiten Schritt geht es dann um einen Test der «schwachen» Variante des Responsible Party Model, indem die Wahl einer Partei neben der nächststehenden Partei zusätzlich auf die soziostrukturellen Variablen regrediert wird.

Die Überprüfung der «starken» Variante des Responsible Party Model soll zunächst mittels einer Kreuztabelle der nächststehenden Partei mit der tatsächlich gewählten Partei geschehen. Sollte sich der in der ersten Hypothese postulierte Zusammenhang bestätigen, sollten die Spaltenprozentsätze erwartungsgemäss auf der Diagonalen von links oben nach rechts unten am grössten sein. Tatsächlich zeigt sich, dass der Zusammenhang in seiner postulierten Form vorläufig bestätigt werden kann (vgl. Tabelle 2 auf der nächsten Seite). Für immerhin 54 Prozent der FDP-Wähler ist die FDP tatsächlich die ihren Präferenzen am nächsten stehende Partei, für 49 Prozent der SVP-Wähler ist es die SVP. Weniger deutlich ist der Zusammenhang für die SP: 28 Prozent der SP-Wähler wählten im Sinne der ersten Hypothese «richtig», gleichzeitig wählten 27 Prozent SP, obwohl diesen die GPS näher ist. Diese Feststellung trifft auch auf die Grünen zu, wobei hier 28 Prozent «richtig» wählten, während 25 Prozent der GPS-Wähler eigentlich SP hätten wählen müssen. Als nicht zutreffend erweist sich die erste Hypothese für CVP-Wähler, bei denen nicht die der CVP am nächsten stehenden Wähler den grössten Anteil ausmachen, sondern Wähler, die den Positionen der FDP am nächsten stehen.

Zur Berechnung der eigentlichen Effektstärken wird anschliessend die Wahl einer Partei auf die Variable «nächststehende Partei» regrediert. Dabei zeigt sich in Tabelle 3 auf der nächsten Seite das zu erwartende Bild: Die Parteinähe-Dummies¹⁵ haben – wiederum mit Ausnahme der CVP – auf alle Parteien einen signifikanten Effekt, der

¹⁵Wie in der Operationalisierung der unabhängigen Variable der ersten Hypothese auf Seite 16 dargestellt, fragen diese Dummies ab, ob es sich bei der betreffenden Partei um die dem Wähler am nächsten stehende handelt; da aber die betreffende Partei für jede Regression eine andere ist, handelt es sich im Grunde genommen also um fünf verschiedene Variablen.

Tabelle 2: Kreuztabelle der nächststehenden Partei mit der tatsächlich gewählten Partei (Spaltenprozentage)

| nächststehende Partei | tatsächlich gewählte Partei | | | | | Summe |
|-----------------------|-----------------------------|--------|--------|--------|--------|--------|
| | GPS | SP | CVP | FDP | SVP | |
| GPS | 27.47 | 26.83 | 7.87 | 3.26 | 0.53 | 12.84 |
| SP | 25.27 | 28.05 | 17.98 | 8.70 | 4.81 | 16.37 |
| CVP | 14.29 | 15.85 | 19.10 | 10.87 | 19.79 | 16.53 |
| FDP | 27.47 | 19.51 | 35.96 | 54.35 | 25.67 | 30.02 |
| SVP | 5.49 | 9.76 | 19.10 | 22.83 | 49.20 | 24.24 |
| Summe | 100.00 | 100.00 | 100.00 | 100.00 | 100.00 | 100.00 |

zudem in die theoretisch erwartete Richtung zeigt. Die Odds-Ratios von grösser eins bedeuten, dass sich die Wahrscheinlichkeit, eine bestimmte Partei zu wählen, erhöht, wenn es sich bei der betreffenden Partei um jene handelt, die dem Wähler von den Issue-Positionen am nächsten steht. Eine Odds-Ratio von 3.29 bedeutet demnach, dass die Wahrscheinlichkeit, GPS zu wählen, für eine Person, der die GPS am nächsten steht, dreifach grösser ist als für eine Person, der die GPS nicht am nächsten steht. Es zeigt sich weiter, dass der Effekt der Parteinähe für die beiden linken Parteien (SP und GPS) schwächer ist als für die bürgerlichen Parteien (FDP und SVP). Da der Effekt der Issue-Distanz für CVP-Wähler nicht signifikant ist, liegt der Schluss nahe, dass für diese Wähler andere, nicht-issue-bezogene – beispielsweise religiöse – Überlegungen wahlentscheidend sind. Dies, und die teilweise geringen Varianzerklärungswerte, legen die Vermutung nahe, dass die «starke» Variante des Responsible Party Model zu wenig spezifiziert ist.

Tabelle 3: Logistische Regression der «starken» Variante des Responsible Party Model

| | GPS Odds-Ratios | SP Odds-Ratios | CVP Odds-Ratios | FDP Odds-Ratios | SVP Odds-Ratios |
|-------------------------------|--------------------|-------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| nächststehende Partei (Dummy) | 3.29*** (0.90) | 2.81*** (0.63) | 1.23 (0.36) | 3.42*** (0.79) | 6.19*** (1.25) |
| $R^2_{\text{Nagelkerke}}$ | 0.05 | 0.05 | 0.00 | 0.08 | 0.18 |
| LR $\chi^2_{(1)}$ | 16.93 | 20.33 | 0.48 | 28.11 | 85.21 |
| N | 623 | 623 | 623 | 623 | 623 |

Standardfehler in Klammern

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Die Resultate der Regression des «schwachen» Responsible Party Model, also der Regression der Wahl einer bestimmten Partei auf die Parteinähe und eine Reihe von

soziostrukturellen Variablen, sind in Tabelle 4 dargestellt. Vergleicht man zunächst den Einfluss der nächststehenden Partei, zeigen sich signifikante Effekte für die SP, die FDP und die SVP. Nicht signifikant ist der Effekt für die CVP und – im Unterschied zur «starken» Variante des Responsible Party Model – für die Grünen. Für die CVP zeigt sich wie erwartet ein starker signifikanter Effekt der Religiosität: So haben häufige Kirchgänger ceteris paribus eine mehr als fünffach grössere Wahrscheinlichkeit, CVP zu wählen, als die Referenzkategorie der seltenen Kirchgänger.

Tabelle 4: Logistische Regression der «schwachen» Variante des Responsible Party Model

| | GPS | SP | CVP | FDP | SVP |
|--------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| | Odds-Ratios | Odds-Ratios | Odds-Ratios | Odds-Ratios | Odds-Ratios |
| nächststehende Partei (Dummy) | 2.01 (0.78) | 2.84*** (0.86) | 0.91 (0.40) | 4.00*** (1.25) | 5.67*** (1.55) |
| Alter (Jahre) | 0.95*** (0.01) | 1.01 (0.01) | 1.02 (0.01) | 1.03** (0.01) | 1.00 (0.01) |
| <i>Geschlecht</i> | | | | | |
| Männer (Dummy) | 0.58 (0.20) | 0.85 (0.24) | 0.52 (0.20) | 1.40 (0.51) | 2.11* (0.62) |
| <i>Bildungsniveau</i> | | | | | |
| tief (Dummy) | 1.40 (0.96) | 1.73 (0.84) | 0.67 (0.42) | 0.73 (0.52) | 0.84 (0.40) |
| hoch (Dummy) | 1.54 (0.56) | 0.70 (0.20) | 0.74 (0.29) | 1.34 (0.49) | 1.07 (0.33) |
| <i>Nettohaushaltseinkommen</i> | | | | | |
| < 4600 CHF/Monat (Dummy) | 0.90 (0.35) | 0.87 (0.28) | 1.36 (0.55) | 0.57 (0.24) | 1.19 (0.36) |
| > 8500 CHF/Monat (Dummy) | 0.85 (0.30) | 2.05* (0.58) | 1.16 (0.46) | 0.77 (0.28) | 0.57 (0.18) |
| <i>Kirchgangshäufigkeit</i> | | | | | |
| nie (Dummy) | 2.20* (0.70) | 0.88 (0.24) | 0.49 (0.24) | 0.93 (0.32) | 1.03 (0.29) |
| häufig (Dummy) | 0.72 (0.32) | 0.80 (0.25) | 5.20*** (1.81) | 0.52 (0.22) | 0.45* (0.15) |
| <i>Gewerkschaftsmitglied</i> | | | | | |
| Ja, aktuell (Dummy) | 1.98 (0.78) | 2.39** (0.75) | 0.72 (0.39) | 0.49 (0.24) | 0.39** (0.14) |
| Ja, früher (Dummy) | 3.63** | 1.46 | 0.89 | 0.67 | 0.32* |

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Parteienangebot und politische Repräsentation in der Schweiz

| | GPS | SP | CVP | FDP | SVP |
|---------------------------------|----------------|-----------------|----------------|-----------------|----------------|
| | Odds-Ratios | Odds-Ratios | Odds-Ratios | Odds-Ratios | Odds-Ratios |
| | (1.55) | (0.51) | (0.42) | (0.34) | (0.15) |
| <i>soziale Klasse</i> | | | | | |
| trad. Bourgeoisie (Dummy) | 2.83 (2.33) | 1.03 (0.68) | 0.38 (0.47) | 1.23 (1.05) | 0.36 (0.29) |
| Kleingewerbe (Dummy) | 1.85 (1.26) | 0.31* (0.18) | 0.75 (0.51) | 3.49* (2.19) | 0.74 (0.38) |
| Produktionsarbeiter (Dummy) | 1.47 (0.95) | 0.36* (0.18) | 0.40 (0.29) | 1.61 (1.08) | 1.83 (0.86) |
| Manager (Dummy) | 0.76 (0.46) | 0.71 (0.29) | 1.22 (0.70) | 1.53 (0.87) | 0.86 (0.38) |
| Bürokräfte (Dummy) | 1.41 (1.07) | 0.65 (0.36) | 0.36 (0.30) | 1.96 (1.48) | 1.45 (0.83) |
| sozkult. Spezialisten (Dummy) | 1.81 (1.12) | 1.34 (0.62) | 0.78 (0.51) | 0.86 (0.62) | 0.42 (0.24) |
| Dienstleistungsarbeiter (Dummy) | 1.00 (0.79) | 0.73 (0.40) | 0.76 (0.55) | 1.14 (0.96) | 1.02 (0.59) |
| $R^2_{Nagelkerke}$ | 0.25 | 0.14 | 0.25 | 0.19 | 0.29 |
| LR $\chi^2_{(18)}$ | 70.35 | 44.96 | 63.12 | 50.23 | 101.27 |
| N | 436 | 436 | 436 | 436 | 436 |

Standardfehler in Klammern

Ref.Kat: Frauen; mittleres Bildungsniveau; mittlere Einkommensgruppe; seltene Kirchgänger; Nicht-Gewerkschaftsmitglieder; techn. Spezialisten

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Intuitiv leichter zugänglich dürfte ein Vergleich der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten für Kombinationen signifikanter Variablen sein. Dabei zeitigt für die SP die Zugehörigkeit zur obersten Einkommensklasse sowie eine aktuelle Gewerkschaftsmitgliedschaft einen signifikant positiven Effekt. Eine Person, deren Nettohaushaltseinkommen mehr als 8500 Franken pro Monat beträgt und gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied ist, hat – wie aus Tabelle 6 hervorgeht – eine vorhergesagte Wahrscheinlichkeit, SP zu wählen, von 84 Prozent, sofern die SP die ihr am nächsten stehende Partei ist. Für die FDP zeigt neben der nächststehenden Partei auch das Alter einen signifikanten Effekt, wobei jedes zusätzliche Altersjahr eines Wählers, die Wahrscheinlichkeit, FDP zu wählen, um drei Prozent erhöht.¹⁶ Wesentlich stärker allerdings ist der Effekt der nächststehenden Partei: Während die Wahrscheinlichkeit, FDP zu wählen, für eine der

¹⁶Wie aus Tabelle 4 hervorgeht, ist auch die Variable «Kleingewerbe (Dummy)» signifikant, allerdings als einzige Indikatorvariable der sozialen Klasse, die als Set insgesamt nicht signifikant ist.

FDP nicht nahestehende 96-jährige nur knapp 20 Prozent beträgt, beträgt die Wahrscheinlichkeit für eine gleichaltrige Person, für die die FDP die nächststehende Partei ist, knapp 50 Prozent (vgl. Tabelle 8). Für die SVP zeigt sich ein signifikant positiver Effekt für das Geschlecht und signifikant negative Effekte für eine aktuelle oder eine frühere Gewerkschaftsmitgliedschaft sowie für häufige Kirchgänger. Tabelle 9 zeigt, dass eine Frau, die der SVP nicht nahe steht, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied und häufige Kirchgängerin ist, eine vorhergesagte Wahrscheinlichkeit der SVP-Wahl von nur gerade 5 Prozent hat; demgegenüber beträgt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit für einen Mann, für den die SVP die nächststehende Partei ist, der zudem nie zur Kirche geht und nicht einer Gewerkschaft angehört, rund 80 Prozent.

Tabelle 5: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Wahl der GPS im «schwachen» RPM

| | GPS | |
|--|---------------|---------|
| | nicht nächste | nächste |
| 96-jährig; häufige Kirchg. Nicht-Gewmit. | 0.00 | 0.01 |
| 19-jährig; Nicht-Kirchg. früh. Gewmit. | 0.78 | 0.87 |

Übrige Kontrollvariablen:
Frau; mittleres Bildungsniveau; 4600–8500 CHF pro Monat; techn. Spezialist

Tabelle 6: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Wahl der SP im «schwachen» RPM

| | SP | |
|--|---------------|---------|
| | nicht nächste | nächste |
| < 4600 CHF pro Monat; Nicht-Gewmit. | 0.24 | 0.47 |
| > 8500 CHF pro Monat; akt. Gewmit. | 0.64 | 0.84 |

Übrige Kontrollvariablen:
53-jährig; Frau; mittleres Bildungsniveau; seltener Kirchgänger; techn. Spezialist

Tabelle 7: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Wahl der CVP im «schwachen» RPM

| | CVP | |
|---------------|---------------|---------|
| | nicht nächste | nächste |
| Nicht-Kirchg. | 0.09 | 0.08 |
| häuf. Kirchg. | 0.50 | 0.48 |

Übrige Kontrollvariablen:
53-jährig; Frau; mittleres Bildungsniveau; 4600–8500 CHF pro Monat; Nicht-Gew.mit.; techn. Spezialist

Tabelle 8: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Wahl der FDP im «schwachen» RPM

| | FDP | |
|-----------|---------------|---------|
| | nicht nächste | nächste |
| 19-jährig | 0.03 | 0.10 |
| 96-jährig | 0.19 | 0.48 |

Übrige Kontrollvariablen:
Frau; mittleres Bildungsniveau; 4600–8500 CHF pro Monat; seltener Kirchgänger; Nicht-Gew.mit.; techn. Spezialist

Tabelle 9: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Wahl der SVP im «schwachen» RPM

| | SVP | |
|---|---------------|---------|
| | nicht nächste | nächste |
| Frau; häufige Kirchg; akt. Gewmit | 0.05 | 0.22 |
| Mann; Nicht-Kirchg.; Nicht-Gewmit | 0.39 | 0.78 |

Übrige Kontrollvariablen:
53-jährig; mittleres Bildungsniveau;
4600–8500 CHF pro Monat; techn. Spezialist

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die «starke» Variante des Responsible Party Model, gemäss der allein die nächststehende Partei den Wahlentscheid determiniert, abgelehnt werden muss. Plausibler ist die «schwache» Variante des Responsible Party Model, wonach die Parteinähe einer – aber nicht der unbedeutendste – unter vielen wahlentscheidenden Faktoren ist.

3.3 Forschungsfrage 2: Gleiche

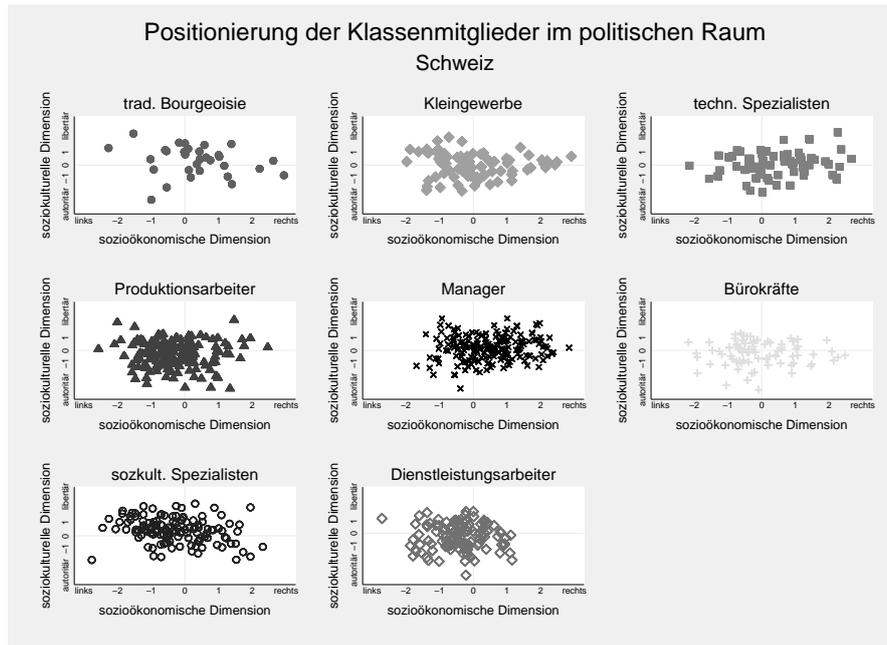
Repräsentationsqualität für alle Klassen

In der zweiten Hypothese wird postuliert, dass hinsichtlich der Repräsentationsqualität zwischen den einzelnen Klassen erhebliche Unterschiede bestünden, was mittels einer linearen Regression überprüft werden soll. Dabei ist die abhängige Variable die für das jeweilige Individuum minimale Issue-Distanz – also die Issue-Distanz zur ideologisch am nächsten stehenden Partei – und die unabhängige die dichotomisierte Klassenzugehörigkeit.

In Abbildung 7 auf der nächsten Seite werden – analog zu den Wählerschaften der einzelnen Parteien auf Seite 21 – die Positionierung der einzelnen Klassenmitglieder dargestellt, wobei die z. T. grosse Streuung auf beiden Dimensionen deutlich hervortritt.

Allerdings ist diese Heterogenität bezüglich der Positionierung, wie aus Abbildung 7 hervorgeht, je nach Klasse unterschiedlich ausgeprägt, weshalb die in Abbildung 8 auf Seite 29 dargestellte Lokalisierung der einzelnen Klassen mittels Median zwar als Anhaltspunkt dienlich sein kann, jedoch mit der notwendigen Vorsicht zu interpretieren

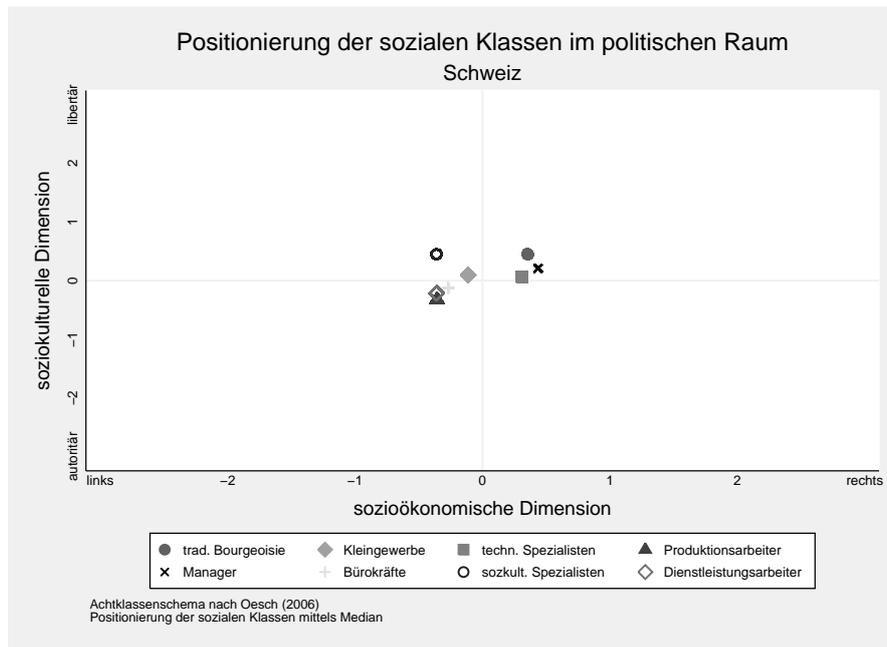
Abbildung 7: Positionierung der Klassenmitglieder im politischen Raum



ist. Dennoch vermag diese Abbildung aufzuzeigen, dass die zentrale Annahme der Differenzierung auf der linken Seite des politischen Spektrums zwischen den libertären soziokulturellen Spezialisten und den autoritären Produktionsarbeitern vorerst bestätigt werden kann. Ebenfalls als zutreffend erwiesen haben sich die Erwartungen in Bezug auf die sozioökonomische Differenzierung der neuen Mittelklasse: Wie erwartet stehen die soziokulturellen Spezialisten auf der linken und die Manager auf der rechten Seite des politischen Spektrums, während die technischen Spezialisten eine intermediäre Position einnehmen. Weniger deutlich zum Ausdruck kommt in untenstehender Abbildung die theoretische Erwartung der akzentuiert libertären Positionierung dieser neuen Mittelklasse, wobei dies wahrscheinlich auf die angesprochene Problematik der Positionierung mittels des Medians zurückzuführen ist. Als nicht zutreffend erwiesen sich die Erwartungen bezüglich des Kleingewerbes: Entgegen der Annahme, dass es eine deutlich rechts-autoritäre Position einnehme, zeigt sich stattdessen eine zentristische Positionierung dieser Klasse.

Wird wie im ersten Modell in Tabelle 10 auf Seite 30 die minimale Issue-Distanz jedes Individuums alleine auf die Klassenzugehörigkeit regrediert, wären die theoretischen Erwartungen – wonach Produktions- und Dienstleistungsarbeiter am schlechtesten repräsentiert würden, also die grössten minimalen Issue-Distanzen aufweisen sollten –

Abbildung 8: Positionierung der sozialen Klassen im politischen Raum



dann erfüllt, wenn für die Referenzkategorie «Produktionsarbeiter» die Gruppe der Dienstleistungsarbeiter einen Koeffizienten von nahe null und alle übrigen einen Koeffizienten von kleiner null aufweisen würden. Die Regression zeigt, dass diese Erwartungen nicht erfüllt werden: Von den Klassenvariablen ist einzig diejenige der traditionellen Bourgeoisie signifikant. Ihr Effekt ist positiv und zeigt damit nicht in die erwartete Richtung. Gemäss dieser Darstellung ist die traditionelle Bourgeoisie also noch schlechter vertreten als die Produktionsarbeiter. Werden – wie im zweiten Modell in Tabelle 10 auf der nächsten Seite – zusätzlich noch die soziostrukturellen Variablen beigezogen, zeigt sich, dass die Produktionsarbeiter tatsächlich schlechter repräsentiert sind als das Kleingewerbe. Allerdings ist die Repräsentation für die traditionelle Bourgeoisie noch weniger gewährleistet.

Tabelle 10: Lineare Regression der minimalen Issue-Distanz auf die soziale Klasse

| | (1) | (2) |
|---------------------------------|--------------------|--------------------|
| | min. Issue-Distanz | min. Issue-Distanz |
| | Koef. | Koef. |
| <i>soziale Klasse</i> | | |
| trad. Bourgeoisie (Dummy) | 0.43*** (0.10) | 0.39** (0.12) |
| Kleingewerbe (Dummy) | -0.11 (0.07) | -0.15* (0.08) |
| techn. Spezialisten (Dummy) | 0.12 (0.08) | 0.06 (0.08) |
| Manager (Dummy) | 0.07 (0.06) | -0.02 (0.07) |
| Bürokräfte (Dummy) | -0.05 (0.07) | 0.04 (0.08) |
| sozkult. Spezialisten (Dummy) | -0.08 (0.06) | -0.02 (0.08) |
| Dienstleistungsarbeiter (Dummy) | -0.03 (0.06) | 0.03 (0.07) |
| Alter (Jahre) | | 0.00** (0.00) |
| <i>Geschlecht</i> | | |
| Männer (Dummy) | | 0.15*** (0.04) |
| <i>Bildungsniveau</i> | | |
| tief (Dummy) | | 0.32*** (0.07) |
| hoch (Dummy) | | 0.15** (0.05) |
| <i>Nettohaushaltseinkommen</i> | | |
| < 4600 CHF/Monat (Dummy) | | 0.10* (0.05) |
| > 8500 CHF/Monat (Dummy) | | 0.31*** (0.05) |
| <i>Kirchgangshäufigkeit</i> | | |
| nie (Dummy) | | 0.29*** (0.04) |
| häufig (Dummy) | | 0.16** (0.05) |

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Parteienangebot und politische Repräsentation in der Schweiz

| | (1) | (2) |
|------------------------------|--------------------|--------------------|
| | min. Issue-Distanz | min. Issue-Distanz |
| | Koef. | Koef. |
| <i>Gewerkschaftsmitglied</i> | | |
| Ja, aktuell (Dummy) | | -0.06 (0.06) |
| Ja, früher (Dummy) | | -0.04 (0.07) |
| Konstante | 0.94*** (0.04) | 0.40*** (0.08) |
| Adjusted R^2 | 0.01 | 0.04 |
| F-Wert | 5.10*** | 10.58*** |
| N | 5088 | 4308 |

Standardfehler in Klammern

Ref.Kat: Frauen; mittleres Bildungsniveau; mittlere Einkommensgruppe; seltene Kirchgänger;
Nicht-Gewerkschaftsmitglieder; Produktionsarbeiter

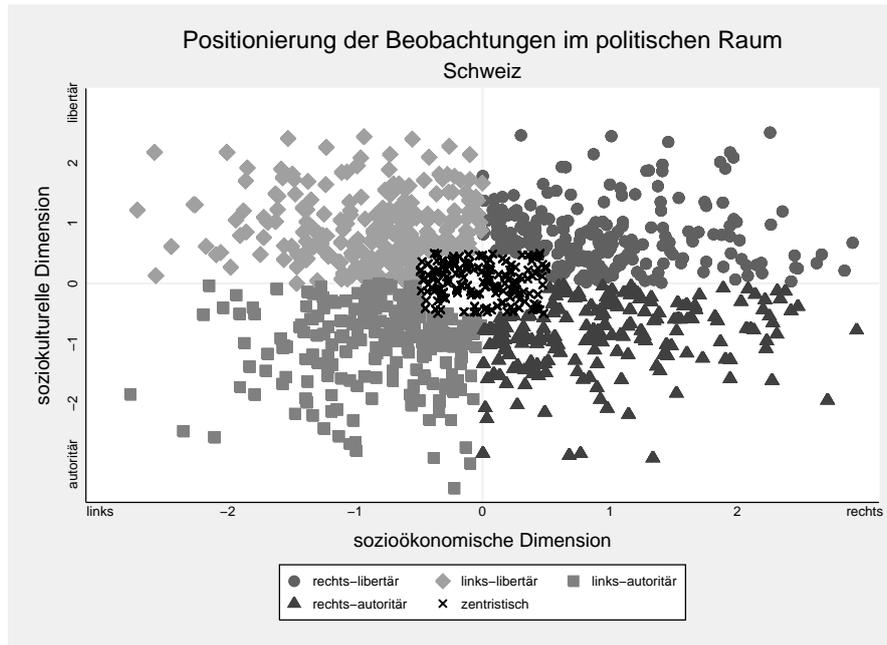
* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

Die Heterogenität der Klassenmitglieder bezüglich der Positionierung im politischen Raum und die damit verbundene geringe Vorhersagestärke der sozialen Klassen für die Parteiwahl, erlauben den Schluss, dass die soziale Klasse – zumindest in der hier vorgenommenen Operationalisierung – in der Schweiz keinen adäquaten Analyserahmen für Wahlentscheidungen darstellt. Da aber im politischen System der Schweiz, wie in Abbildung 6 auf Seite 21 dargestellt, eine «Angebotslücke» klafft – d. h. nicht alle politischen Orientierungen ihre Vertretung durch eine Partei finden –, soll in einem nächsten Schritt die minimale Issue-Distanz auf die Positionierung im politischen Raum regrediert werden. Teilt man den politischen Raum in fünf Bereiche (rechts-libertär, links-libertär, links-autoritär, rechts-autoritär und zentristisch¹⁷) ergibt sich die in Abbildung 9 auf der nächsten Seite dargestellte Situation.

Zu erwarten ist nun, dass die minimale Issue-Distanz für Personen mit zentristischen Positionen am geringsten ist, da sich diesen aufgrund der nahe beim Zentrum positionierten Parteien ungleich mehr Optionen erschliessen als Personen mit anderen politischen Präferenzen. Erwartet wird weiterhin, dass die Repräsentationsqualität für Personen mit links-autoritären Positionen am schlechtesten ist, da in diesem Quadranten – wie bereits erwähnt – keine Partei vorhanden ist, die eine derartige Position

¹⁷Zentristisch sind in diesem Falle Positionen, die innerhalb eines Intervalles von \pm einer halben Standardabweichung um den Mittelwert der jeweiligen Dimension streuen.

Abbildung 9: Positionierung der Beobachtungen im politischen Raum



artikulieren würde. Die Resultate der Regression der Repräsentationsqualität auf die Positionierung im politischen Raum sind in Tabelle 11 auf der nächsten Seite dargestellt. Dabei zeigt sich, dass die Erwartungen bestätigt werden: Tatsächlich weisen alle untersuchten Positionierungen im Vergleich zur zentristischen Referenzkategorie positive Koeffizienten auf, was bedeutet, dass die minimale Issue-Distanz grösser, die Repräsentationsqualität also geringer ist als für die Referenzkategorie. Weiter bestätigt sich auch, dass die Gruppe der links-autoritären die grösste minimale Issue-Distanz aufweisen, also am schlechtesten repräsentiert werden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die zweite Hypothese in der postulierten Form nicht zutreffend ist; allerdings irrt sie sich nicht in der Aussage, dass die verschiedenen sozialen Klassen in einem unterschiedlichen Ausmass repräsentiert werden, sondern in der Aussage, dass es die Arbeiterklasse ist, die am schlechtesten repräsentiert wird. Tatsächlich zeigen die Untersuchungen, dass es die traditionelle Bourgeoisie ist, deren Positionen am schlechtesten vertreten werden. Zudem konnte gezeigt werden, dass nicht alle politischen Präferenzen gleichermassen repräsentiert werden, insbesondere links-autoritäre – und in geringerem Masse auch rechts-libertäre – Positionen werden deutlich schlechter vertreten als zentristische Positionen.

Tabelle 11: Lineare Regression der Repräsentationsqualität auf die Positionierung im politischen Raum

| | minimale Issue-Distanz Koef. |
|--------------------------|---------------------------------|
| <i>Positionierung</i> | |
| rechts-libertär (Dummy) | 1.24*** (0.05) |
| links-libertär (Dummy) | 0.41*** (0.05) |
| links-autoritär (Dummy) | 1.46*** (0.05) |
| rechts-autoritär (Dummy) | 0.86*** (0.05) |
| Konstante | 0.12** (0.04) |
| Adjusted R^2 | 0.16 |
| F-Wert | 296.24*** |
| N | 6390 |

Standardfehler in Klammern

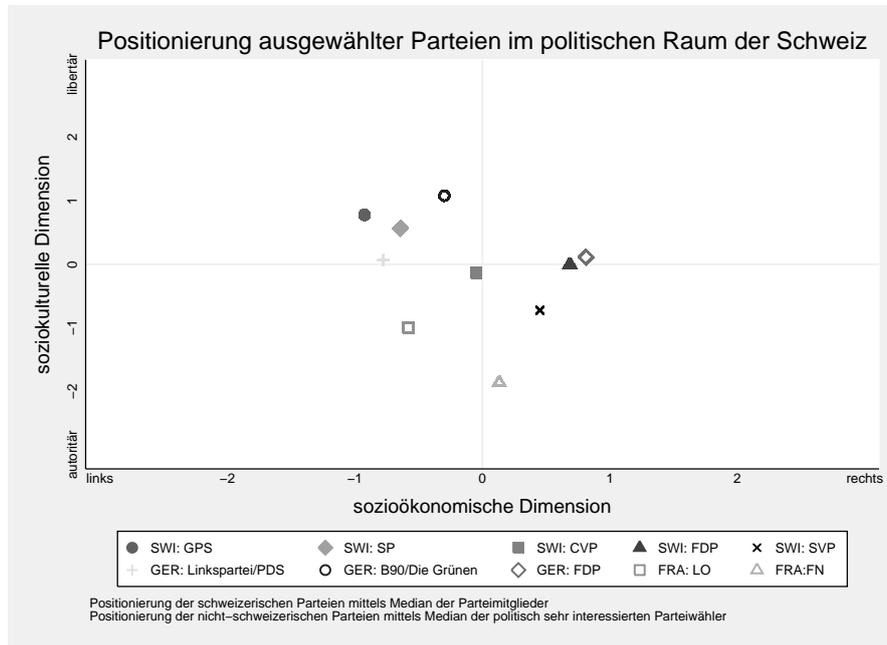
Ref.Kat: zentristische Positionierung

* $p < 0.05$, ** $p < 0.01$, *** $p < 0.001$

3.4 Forschungsfrage 3: Verbesserung der Repräsentationsqualität durch zusätzliche Parteien

Die Resultate der vorhergehenden Untersuchung zeigten, dass die Repräsentationsqualität nicht für alle Individuen im gleichen Ausmass gewährleistet ist; insbesondere Personen mit links-autoritären oder mit rechts-libertären Werthaltungen sind nur unzureichend vertreten. Im Rahmen der dritten Forschungsfrage soll deshalb untersucht werden, inwiefern sich die Repräsentationsqualität durch den Beizug zusätzlicher Parteien verbessern würde. Hierfür werden ausgewählte Parteien aus Deutschland und Frankreich im politischen Raum der Schweiz verortet (vgl. Abbildung 10 auf der nächsten Seite). Dabei kombiniert die deutsche Linkspartei.PDS eine linke Positionierung auf der sozioökonomischen Dimension mit einer soziokulturell zentristischen Position; das Bündnis 90/Die Grünen positioniert sich zentristisch-libertär, während die deutsche FDP eine geringfügig rechttere Position einnimmt als ihr schweizerisches Pendant. Die trotzkistische Lutte Ouvrière ist links-autoritär positioniert, während der Front National eine sozioökonomisch zentristische und eine soziokulturell akzentuiert autoritäre Position vertritt.

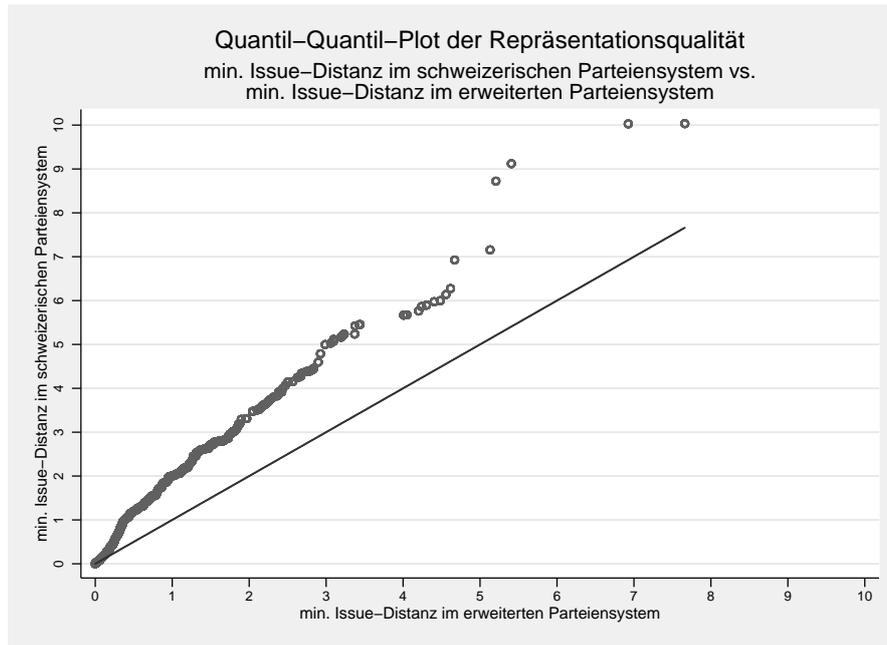
Abbildung 10: Positionierung schweizerischer und ausgewählter nicht-schweizerischer Parteien im politischen Raum der Schweiz



Für den Vergleich der Repräsentationsqualität im schweizerischen und dem «erweiterten» Parteiensystem werden die entsprechenden Verteilungen der minimalen Issue-Distanzen in einem Quantil-Quantil-Plot dargestellt. Dabei werden die Beobachtungen der beiden Variablen – in diesem Fall die minimale Issue-Distanz für das schweizerische Parteiensystem und die minimale Issue-Distanz im «erweiterten» Parteiensystem – der Grösse nach sortiert und dann der kleinste Wert der ersten Variable gegen den kleinsten Wert der zweiten Variable geplottet. Würde mit der Erweiterung des Parteienangebots keine Verbesserung einhergehen, so müssten alle Beobachtungen auf der Hauptdiagonalen liegen. Wie aus Abbildung 11 auf der nächsten Seite hervorgeht, ist dies nicht der Fall; stattdessen zeigt sich, dass die Beobachtungen deutlich näher an der y-Achse liegen, was bedeutet, dass die Repräsentationsqualität im schweizerischen Parteiensystem schlechter ist als im «erweiterten».

Zur Beantwortung des zweiten Teils der dritten Forschungsfrage – welche zusätzlichen Parteien einen Beitrag zur Verbesserung der politischen Repräsentation leisten – wird die Repräsentationsqualität in Quantil-Quantil-Plots für jede zusätzliche Partei dargestellt. Dabei geht aus Abbildung 12 auf Seite 36 deutlich hervor, dass die Beobachtungen für die Linkspartei.PDS, das Bündnis 90/Die Grünen und für die FDP kaum

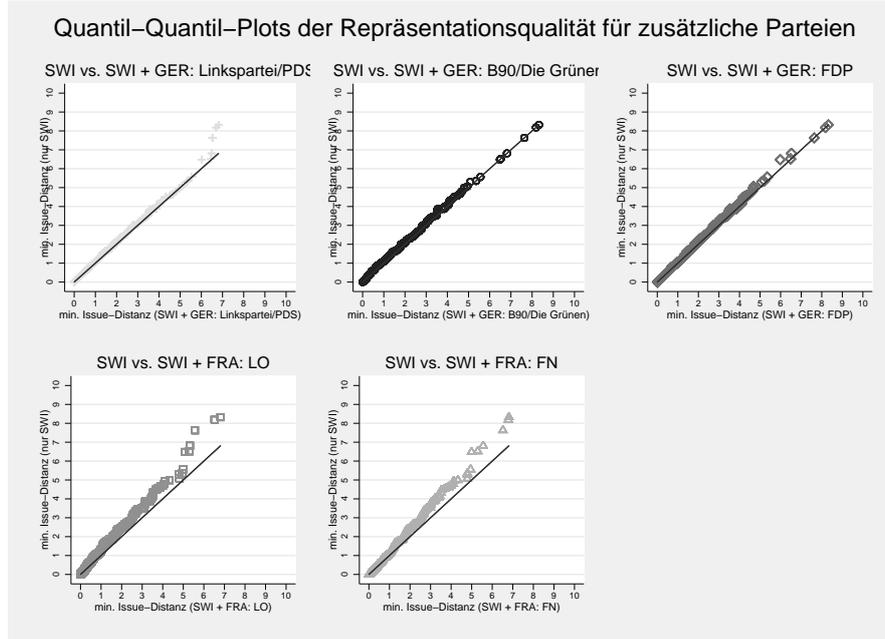
Abbildung 11: Quantil-Quantil-Plot der Repräsentationsqualität



von der Hauptdiagonalen abweichen und somit nur einen relativ bescheidenen Beitrag zu Verbesserung der Repräsentationsqualität leisten. Diese Feststellung überrascht allerdings nicht, positionieren sich diese Parteien doch in Quadranten, die bereits von den schweizerischen Parteien gut vertreten sind. Deutlich besser fällt die Bilanz für die beiden französischen Parteien Lutte Ouvrière und Front National aus: Bei diesen weicht die Mehrzahl der Beobachtungen deutlich von der Hauptdiagonalen ab und insbesondere Personen, die im schweizerischen Parteiensystem grosse Issue-Distanzen zu überwinden haben, verspüren durch die Aufnahme dieser Parteien eine Verbesserung.

Eine detaillierte (hier nicht präsentierte) Analyse zeigt, dass der Mittelwert der minimalen Issue-Distanz von 0.95 durch die Aufnahme des Front National auf 0.8 gesenkt werden könnte; würde statt dem Front National die Lutte Ouvrière aufgenommen, sänke der Mittelwert der minimalen Issue-Distanz sogar auf 0.74. Besonders gross sind die Differenzen, wenn man nur Personen mit links-autoritären Werthaltungen betrachtet: Hier würde die Aufnahme des Front National den Mittelwert der minimalen Issue-Distanz von 1.58 auf 1.03, die Aufnahme der Lutte Ouvrière gar auf 0.63 senken. Und auch die Maxima der minimalen Issue-Distanz würden sich durch die Aufnahme dieser Parteien erheblich verringern.

Abbildung 12: Quantil-Quantil-Plots der Repräsentationsqualität (nach Parteien)



4 Fazit

Ziel dieser Arbeit war es, zu untersuchen, inwieweit die politische Repräsentation im schweizerischen Parteiensystem noch gewährleistet ist, ob alle Bevölkerungssegmente gleichermassen repräsentiert werden und ob – und wenn ja, welche – Parteien die Repräsentationsqualität verbessern würden.

Die Untersuchungen der «starken» und der «schwachen» Variante des Responsible Party Models haben gezeigt, dass die Parteinähe für den Wahlentscheid in der Schweiz eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielt, dass aber gleichzeitig zahlreiche soziostrukturelle Variablen ebenfalls einen grossen Einfluss haben.

Aufgrund der grossen Heterogenität der sozialen Klassen bezüglich der Issue-Positionierung ihrer Mitglieder konnte die theoretisch erwartete Unterrepräsentation der Produktions- und Dienstleistungsarbeiter nicht bestätigt werden. Stattdessen hat sich gezeigt, dass im schweizerischen Parteiensystem insofern eine Angebotslücke besteht, als links-autoritäre – und in geringerem Masse auch rechts-libertäre – Präferenzen von den etablierten politischen Parteien nur unzureichend vertreten werden.

Die Berücksichtigung von ausgewählten Parteien des deutschen und des französischen Parteiensystems zeigte, dass insbesondere die trotzkistische Lutte Ouvrière und

der rechtsextreme Front National erheblich zur Verbesserung der Repräsentationsqualität beitragen könnten.

Aufgrund dessen lässt sich folgendes Fazit ziehen: Gleichviel wie man zu einer weiteren Fragmentierung und Polarisierung des schweizerischen Parteiensystems und den politisch wie rechtlich teilweise nicht unproblematischen Forderungen der Lutte Ouvrière und des Front National steht, wäre eine Bildung derartiger Parteien repräsentationstheoretisch wünschbar. Dabei müssten nicht gezwungenermassen neue Parteien entstehen; so wäre denkbar, dass es zwischen den Grünen und der SP zu einer Differenzierung käme, bei der sie ihre weitgehende inhaltliche Kongruenz aufgeben würden. Die GPS könnte dabei eine sozioökonomisch etwas rechtere Position einnehmen – nicht zuletzt, um der aufkommenden Konkurrenz durch die grünliberale Partei entgegenzutreten –, während die SP auf der soziokulturellen Dimension – zumindest bei den Themen Immigration und europäische Integration – eine prononciert autoritäre Position vertreten könnte. Dadurch könnte nicht nur die beachtliche Überlappung der Elektorate reduziert werden, sondern auch die Abwanderung der Arbeiterschaft von der SP zur SVP vermindert oder gar teilweise rückgängig gemacht werden. Zudem würde die Differenzierung in eine links-libertäre und eine links-autoritäre Partei einerseits kohärentere und fassbarere Programme ermöglichen – was sich, wie das Beispiel der SVP zeigt, lohnt –, andererseits könnten die in Flügelkämpfen zwischen sozial-urbanen Vertretern und von der «Überwindung des Kapitalismus» träumenden Gewerkschaftern und Jungsozialisten gebundenen Ressourcen zielführender eingesetzt werden (Wasserfallen 2010).

Die SVP ihrerseits könnte mit einer sozioökonomisch etwas linkeren Positionierung bei unverändert autoritären soziokulturellen Werthaltungen versuchen, den links-autoritären Wähler-Pool noch stärker auszuschöpfen – eine derartige Strategie wäre insbesondere dann erfolgsversprechend, wenn eine Differenzierung zwischen Grünen und SP ausbleibt.

5 Literatur

- Acock, Alan C. (2008): *A Gentle Introduction to Stata*. College Station (USA): Stata Press.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York (USA): Harper & Row.
- European Social Survey (2009): «ESS4 – 2008 Documentation Report». Stand vom 29. Juni 2010, URL: http://ess.nsd.uib.no/streamer/?module=main&year=2009&country=null&download=%5CSurvey+documentation%5C2009%5C01%23ESS4+-+ESS4-2008+Documentation+Report%2C+ed.+3.01%5CLanguages%5CEnglish%5CESS4DataDocReport_3.01.pdf.
- Kitschelt, Herbert (1994): *The Transformation of European Social Democracy*. New York (USA): Cambridge University Press.
- Kitschelt, Herbert und Philipp Rehm (2004): «Socio-economic Group Preferences and Partisan Alignments». *14th International Conference of Europeanists organisiert durch den Council for European Studies*. Chicago (USA).
- Kleinnijenhuis, Jan und Jan A. de Ridder (1998): «Issue News and Electoral Volatility: A Comparative Analysis of Media Effects During the 1994 Election Campaigns in Germany and the Netherlands». *European Journal of Political Research* 33 (1): 413–437.
- Kriesi, Hanspeter (1998): «The Transformation of Cleavage Politics – The 1997 Stein Rokkan Lecture». *European Journal of Political Research* 33 (2): 165–185.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschieer und Timotheos Frey (2006): «Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared». *European Journal of Political Research* 45 (6): 921–956.
- Kriesi, Hanspeter, Edgar Grande, Romain Lachat, Martin Dolezal, Simon Bornschieer und Timotheos Frey (Hrsg.) (2008): *West European Politics in the Age of Globalization*. New York (USA): Cambridge University Press.
- Ladner, Andreas (2006): «Das Parteiensystem der Schweiz». In Oskar Niedermeyer, Richard Stöss und Melanie Haas (Hrsg.) *Die Parteiensysteme Westeuropas*, Wiesbaden (D): VS Verlag für Sozialwissenschaften. 397–419.

- Mair, Peter (2001): «Searching for the Positions of Political Actors: A Review of Approaches and a Critical Evaluation of Expert Surveys». In Michael Laver (Hrsg.) *Estimating the Policy Position of Political Actors*, London (GB): Routledge. 10–30.
- Mair, Peter und Richard S. Katz (1995): «Changing Models of Party Organization and Party Democracy: The Emergence of the Cartel Party». *Party Politics* 1 (1): 5–28.
- Merrill, Samuel, III und Bernard Grofman (1999): *A Unified Theory of Voting: Directional and Proximity Spatial Models*. Cambridge (UK): Cambridge University Press.
- Oesch, Daniel (2006): *Redrawing the Class Map: Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland*. Houndmills (GB): Palgrave Macmillan.
- Oesch, Daniel (2008a): «The Changing Shape of Class Voting: An Individual-Level Analysis of Party Support in Britain, Germany and Switzerland». *European Societies* 10 (3): 329–355.
- Oesch, Daniel (2008b): «Explaining Workers' Support for Right-Wing Populist Parties in Western Europe: Evidence from Austria, Belgium, France, Norway, and Switzerland». *International Political Science Review* 29 (3): 349–373.
- Oesch, Daniel und Line Rennwald (2010): «La disparition du vote ouvrier? Le vote de classe et les partis de gauche en Suisse». In Sarah Nicolet und Pascal Sciarini (Hrsg.) *Le destin électoral de la gauche: Le vote socialiste et vert en Suisse*, Chêne-Bourg (CH): Georg. 219–256.
- Pierce, Roy (1999): «Mass-Elite Linkages and the Responsible Party Model of Representation». In Warren E. Miller, Roy Pierce, Jacques Thomassen, Richard Herrera, Sören Holmberg, Peter Esaiasson und Bernhard Wessels (Hrsg.) *Policy Representation in Western Democracies*, New York (USA): Oxford University Press. 9–32.
- Rabinowitz, George und Stuart E. Macdonald (1989): «A Directional Theory of Issue Voting». *American Political Science Review* 83 (1): 93–121.
- Schmitt, Hermann (2001): *Politische Repräsentation in Europa: Eine empirische Studie zur Interessenvermittlung durch allgemeine Wahlen*. Frankfurt a. M. (D): Campus Verlag.
- van der Brug, Wouter und Joost van Spanje (2009): «Immigration, Europe and the New Cultural Dimension». *European Journal of Political Research* 48 (3): 309–334.

van der Eijk, Cees, Mark N. Franklin und Erik Oppenhuis (1996): «The Strategic Context: Party Choice». In Cees van der Eijk und Mark N. Franklin (Hrsg.) *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of Union*, Ann Arbor (USA): University of Michigan Press. 332–365.

Wasserfallen, Fabio (2010): «Rat an die SP: Werdet sozial-konservativ». *Das Magazin* 2010 (12).